

Das Ende des Konsenses: Die Re-formation des US-amerikanischen *conservatism* seit den 1960er Jahren

I.

Nicht erst seit dem Irak-Krieg und dem neuerlichen Wahlsieg des amerikanischen Präsidenten George W. Bush macht sich beiderseits des Atlantik der Eindruck breit, es sei um das europäisch-amerikanische Verhältnis nicht zum besten bestellt.¹ Gewiss, der transatlantische, binnenwestliche Austausch auf der populärkulturellen Ebene, vor allem in den Bereichen Kino, Unterhaltungsmusik und Literatur, scheint sich ungebrochen fortzusetzen. Aber „der Westen“² bietet nicht mehr das zumindest oberflächliche Bild kaum eingeschränkter Einigkeit, das er in den Jahrzehnten vor 1989 zu vermitteln verstand. Möglicherweise war die Phase des Kalten Krieges zwischen 1947 und 1989/91 nur ein Zwischenspiel, eine positive Ausnahme im zuvor oftmals spannungsreichen Verhältnis zwischen dem „alten“ Europa und den vorgeblich so jugendlichen Vereinigten Staaten; eine nicht wiederholbare, rein situativ bedingte Phase wechselseitiger Annäherung. Unter Umständen führte der Kalte Krieg mit seiner zwangsweise kohärenzstiftenden Kraft zu einer Art kulturellem Missverständnis, einem gegenseitigen *creative misunderstanding*, das überhaupt erst den „Westen“ als politisch-kulturell handlungsfähige Größe konstituierte. Wie dem auch immer sei, unzweifelhaft haben sich seit dem Ende des Konflikts zwischen den USA und der UdSSR zentrale rahmenstiftende Faktoren verschoben, die über Jahrzehnte hinweg die politischen Optionen global festgelegt hatten.³

Zum einen ist die real perzipierte oder zumindest doch imaginierte Bedrohung durch eine potentiell überlegene, wenigstens aber als gleich-

¹ Vgl. z. B. H. Böttiger, *Die Neocons: Wer treibt die USA in die imperiale Falle?*, Wiesbaden 2004; R. Burbach, *Imperial Overstretch: George W. Bush and the Hubris of Empire*, New York 2004; C. R. Eisendrath, *Bush League Diplomacy: How the Neoconservatives are putting the World at Risk*, Amherst 2004.

² Zum Konzept des Westens vgl. u. a. J. Habermas, *Der gespaltene Westen*, Frankfurt a. M. 2004; I. Buruma, *Occidentalism: The West in the Eyes of Its Enemies*, New York 2005; M. Hochgeschwender, *Was ist der Westen? Zur Ideengeschichte eines politischen Konstrukts*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 11 (2004), S. 1-30.

rangig empfundene zweite Großmacht einem unipolaren System mit nur noch einer aktuell relevanten Supermacht gewichen. Die Sowjetunion mit ihren Bündnispartnern fungierte im Gefüge des Kalten Krieges eben nicht allein als militärisch-technologische Gegenmacht zum Westen. Sie bot überdies einen umfassenden sozioökonomischen und weltanschaulichen Gegenentwurf zum liberaldemokratischen, kapitalistischen Angebot der US-Amerikaner und Westeuropäer. Zeitweilig, insbesondere im Gefolge der Weltwirtschaftskrise nach 1929 vermochte es der Marxismus sowjetisch-stalinistischer Prägung trotz seines terroristischen Herrschaftsapparates erhebliche Teile der westlichen Intellektuellen in seinen Bann zu ziehen.⁴ Auf diese Weise wirkte er, wie umgekehrt das westliche Konzept liberaler, individualistischer Freiheit im Ostblock, direkt auf einer transnationalen Ebene auf die Gesellschaften des Westens ein. Diese gerieten dadurch unter einen umfassenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Reformdruck, der sie über Jahrzehnte hinweg zwang, die von Karl Marx, Friedrich Engels und anderen marxistischen Theoretikern prognostizierten, aber auch von konservativen und katholischen Kapitalismuskritikern immer wieder thematisierten Auswüchse und Widersprüche des kapitalistischen Systems durch staatsinterventionistische Maßnahmen zu zügeln. Nie zuvor etwa war die Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten derart etatistisch wie seit 1933. Dieser keynesianische Trend hielt bis weit in die 1970er Jahre an, hatte seinen Höhepunkt aber mit dem weitausgreifenden Entwurf der *Great Society* unter Lyndon B. Johnson Mitte der 1960er Jahre wohl bereits überschritten⁵. Für den Zeitraum zwischen 1957 und 1973 kann man aber dennoch mit dem britischen heterodox marxistischen Historiker Eric Hobsbawm vom „Goldenen Zeitalter“ des Kapitalismus reden, in dem infolge einer staatlich wie gesellschaftlich gewollten politischen Strategie, die gleichermaßen auf Produktivität und Umverteilung beruhte, die soziale Partizipation breiter Bevölkerungsschichten im Westen ein bislang unerhörtes Ausmaß erreichte.⁶ In diesem Kontext hatte die

³ Zur Funktion des Kalten Krieges und seiner Interpretation vgl. allg. M. P. Lefler, *New Approaches, Old Interpretations, and Prospective Reconfigurations*, in: *Diplomatic History* 19 (1995), S. 173-96; J. L. Gaddis, *New Conceptual Approaches to the Study of American Foreign Relations: Interdisciplinary Perspectives*, in: *Diplomatic History* 14 (1990), S. 405-24.

⁴ D. Caute, *The Fellow-Travellers*, London 1973.

⁵ Vgl. etwa G. Schild, *Zwischen Freiheit des Einzelnen und Wohlfahrtsstaat: Amerikanische Sozialpolitik im 20. Jahrhundert*, Paderborn 2003; St. Fraser/G. Gerstle (Hrsg.), *The Rise and Fall of the New Deal Order, 1930–1980*, Princeton 1989; R. L. Moore (Hrsg.), *The American Century in Europe*, Ithaca 2003.

⁶ E. Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme: Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München 1995, S. 285-502.

Idee der sozialen Gerechtigkeit als Alternative zum kommunistischen radikalen Egalitarismus ihren politisch relevanten Ort.

Mit dem Niedergang und schließlich dem Ende der Sowjetunion seit den frühen 1980er Jahren verlor der von ihr ausgehende Druck seine frühere formative Bedeutung für das Handeln des Westens. In zunehmendem Maße brachen alte, längst überwunden geglaubte nationale Denkrelikte aus dem 19. Jahrhundert einerseits ebenso auf wie sich andererseits der Prozess der sog. Globalisierung beschleunigte und zu einem intensivierten sozioökonomischen Wettbewerb führte, welcher die gerade erst errungenen Partizipationschancen breiter Schichten und Klassen in der liberal-kapitalistischen Gesellschaft rasch wieder reduzierte.⁷ Beide Entwicklungen, die Renationalisierung und die Globalisierung, trugen und tragen dazu bei, dass die Bestandteile des Westens beiderseits des Atlantiks nunmehr auseinanderdriften, weil eine Interessenkongruenz im Stil des Kalten Krieges nicht mehr durchsetzbar ist. Daran kann auch das aktuell aufkommende Feindbild des islamistischen Fundamentalismus wenig ändern. Zwar ist einzuräumen, dass vom Islamismus in seiner terroristischen Variante eine erhebliche materielle Gefahr ausgeht. Diese ist aber gerade nicht Ausdruck einer inneren Stärke der islamischen Welt oder gar einer bis in die westlichen Gesellschaften hinein konsensfähigen oder akzeptablen Ideologie. Ganz im Gegenteil verfügt der Islamismus gerade über keine nachvollziehbaren Vorschläge, die anhaltenden Modernisierungs- und Globalisierungsprobleme weltweit in den Griff zu bekommen. Dadurch fehlt ihm das Flair eines leistungsfähigen kulturellen Widerparts zur wirtschaftlich dominanten Westlichkeit. Er ist vielmehr Ausdruck der inneren Schwäche und Zerrissenheit der islamischen Welt angesichts der Dynamik und immanenten Aggressivität des liberalen Kapitalismus und der mit ihm verbundenen Zivilisation.⁸ Daher kann er bestenfalls in einer überaus vagen Weise als funktionales Äquivalent zum Antikommunismus bzw. Antitotalitarismus der 1950er und 1960er Jahre dienen. Die ökonomisch motivierte Rivalität zwischen den Nationalstaaten und Staatenbünden des Westens wird er keinesfalls aufwiegen.

Aber der Westen wurde nie allein durch das komplexe Bündel aus externem Druck und daraus resultierender gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Reform zusammengehalten. Mindestens ebenso wichtig, wenn auch methodisch deutlich schwieriger zu fassen, war die ideell-kulturelle

⁷ Für die USA vgl. dazu K. Philips, *The Politics of Rich and Poor: Wealth and the American Electorate in the Reagan Aftermath*, New York 1991.

⁸ Vgl. M. Moaddel (Hrsg.), *Modernist and Fundamentalist Debates in Islam*, New York 2002; B. Tibi, *Die Krise des modernen Islam: Eine vorindustrielle Zivilisation im wissenschaftlich-technischen Zeitalter*, Frankfurt a. M. 1991.

Wechselseitigkeit im Verhältnis zwischen Nordamerika, Großbritannien und dem westlichen Kontinentaleuropa, die in der Epoche des *New Deal* der 1930er Jahre eine neue Qualität angenommen hatte, um dann im Kalten Krieg zu einem zusätzlichen Fundament gemeinwestlicher politischer Handlungsfähigkeit zu werden. Vom Westen als Ideengemeinschaft zu sprechen, war in dieser Phase durchaus korrekt. Die wesentliche ideelle Grundlage moderner Westlichkeit in der Mitte des 20. Jahrhunderts lag in der Herausbildung eines liberalen Konsenses, der als nachhaltige Integrationsideologie nach langen Phasen der Rivalität in der Lage war, auch christdemokratische, konservative und sozialdemokratische Elemente und Ideologeme einzubinden und gesamtgesellschaftlich wie außenpolitisch fruchtbar zu machen. Diese konsensliberale Ideologie und ihre praktischen Auswirkungen waren Gegenstand einer Vielzahl von empirischen Studien gerade aus dem Tübinger Westernisierungsprojekt von Anselm Doering-Manteuffel und müssen deswegen nicht mehr im Detail analysiert werden.⁹ Für unseren Zusammenhang reicht es mithin aus, festzuhalten, dass der Konsensliberalismus seit den 1960er Jahren unter dem Ansturm sowohl der Neuen Linken, als auch des Neokonservatismus seine kulturelle Hegemonie einbüßte und dementsprechend an funktionalem Gehalt als integrative Ideologie verlor. Eine Weltanschauung, die vergleichbare ideologische Kohärenz stiften könnte, ist indes nicht in Sicht.

Dies berechtigt uns, in der Folge nach jenen weltanschaulichen Prozessen in der geistigen Tiefenschicht der transatlantischen Beziehungen zu fragen, die wesentlich mit dafür verantwortlich waren, die ideell-kulturelle Basis westlicher Gemeinsamkeiten zu unterminieren, die seit den 1930er Jahren im *New Deal order* ausgebildet worden waren. Dazu ist es aber notwendig, den Blick auf die USA zu richten, insbesondere auf die US-amerikanische Rechte. Dort vollzog sich seit den 1960er Jahren in der dialektischen Auseinandersetzung mit der radikalen Neuen Linken ein weltanschaulicher Bruch, der unter anderem dazu führte, dass der moderate

⁹ Vgl. A. Doering-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999; vgl. ferner J. Angster, *Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie: Die Westernisierung von SPD und DGB*, München 2003; F. Günther, *Denken vom Staat her: Die bundesdeutsche Staatsrechtslehre zwischen Dezision und Integration*, München 2004; G. Kruij, *Das „Welt“-„Bild“ des Axel Springer Verlags: Journalismus zwischen westlichen Werten und deutschen Denktraditionen*, München 1999; Th. Sauer, *Westorientierung im deutschen Protestantismus? Vorstellungen und Tätigkeit des Kronberger Kreises*, München 1999. Zum Konzept des Konsensliberalismus vgl. M. Hochgeschwender, *Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen*, München 1998, 68-85.

conservatism der Konsens-Ära, wie ihn beispielsweise Nelson Rockefeller, Richard Lugar, Everett Dirksen, Dwight D. Eisenhower und sogar Richard Nixon und bis zu einem gewissen Grade noch Ronald Reagan repräsentierten, nahezu vollkommen ausgelöscht wurde. Der *conservatism* erhielt in den USA und im Großbritannien Margareth Thatchers ein neues, ungleich radikaleres Gesicht.¹⁰ Meist werden die sogenannten *Neoconservatives* für diese Entwicklung verantwortlich gemacht. Dies trifft in vielfacher Hinsicht auch zu, ist jedoch gleichwohl zu einfach. Der US-amerikanische *conservatism* hat sich seit 1964 im Konflikt mit der kulturellen Hegemonie der *liberals* insgesamt radikalisiert und dadurch in vielfältiger Weise seinen Charakter verändert. In manchem handelte es sich einfach um ein Wiederaufgreifen verschütteter amerikanisch-konservativer Traditionen, hinzu trat ein Revirement der sozialen Strukturen und damit zugleich der parteipolitischen Allianzen, welche auf regionaler oder sektionaler Ebene die beiden großen amerikanischen Parteien konstituieren. Das formgebende Element in diesem mannigfaltigen und tiefgreifenden Wandlungsgeschehen waren dennoch die *Neoconservatives*, obwohl sie stets eine winzige Minderheit innerhalb der deutlich vielgestaltigeren konservativen Bewegung in den USA darstellten. Freilich waren sie deren intellektuell bedeutendster und mit Abstand dynamischster Bestandteil, gerade weil sie so radikal waren. Aus diesem Grund empfiehlt es sich, mit einem kurzen Abriss des Gestaltwandels des US-amerikanischen *conservatism* im Allgemeinen zu beginnen, um dann die weltanschaulichen Wurzeln des *neoconservatism* im Besonderen zu behandeln. Von den Ergebnissen her kann abschließend die Frage neu gestellt werden, warum es in den transatlantischen Beziehungen auch auf der ideellen Ebene zu Verwerfungen kam.

II.

Der klassische US-amerikanische *conservatism* unterschied sich von jeher von seinem kontinentaleuropäischen Widerpart, und zwar sowohl in weltanschaulicher wie in sozialer Hinsicht.¹¹ Ihm fehlten gerade in seiner formativen Phase, dem ausgehenden 18. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts jene zentralen Ideologeme, die – bei aller Problema-

¹⁰ Aus konservativer Sicht hat L. Edwards, *The Conservative Revolution: The Movement that Remade America*, New York 1999, diesen Prozess beschrieben. Sehr kritisch: W. C. Berman, *America's Right Turn: From Nixon to Clinton*, Baltimore 1998. Für Großbritannien vgl. D. Geppert, *Thatchers konservative Revolution: Der Richtungswandel der britischen Tories, 1975–1979*, München 2002.

¹¹ Vgl. allg. Ch. W. Dunn, *American Conservatism from Burke to Bush: An Introduction*, Lanham 1991. Eine explizit andere Position vertritt J. Z. Muller (Hrsg.),

tik des Konservatismusbegriffes – dessen Gestalt wesentlich ausmachen. Da der *conservatism* sich nicht aus einer Frontstellung gegen eine – die als legitim empfundene soziale und politische Ordnung umstürzende – Revolution heraus begriff, wurde er auch nicht in erster Linie durch eine antirevolutionäre, antiliberal-antiaufgeklärte, legitimistische, komunitäre und metaphysisch-religiöse Tradition begründet wie der kontinentaleuropäische Alt- und Hochkonservatismus.¹² Überhaupt spielte die Wertschätzung der geschichtlichen Tradition im *conservatism* stets eine untergeordnete Rolle. Hierin wich er sogar vom relativ nahe verwandten Konservatismus der britischen *Tories* im Gefolge Edmund Burkes ab. Vielmehr verdankte sich der *conservatism* amerikanischer Prägung in seiner mehrheitsfähigen Spielart dem Bewusstsein, die Errungenschaften der Amerikanischen Revolution verteidigen zu müssen. Dies beinhaltete zugleich ein weiteres, bis heute wirksames Unterscheidungskriterium zum kontinentaleuropäischen Konservatismus, nämlich das mangelnde Vertrauen in einen starken Staat. Positiv gewendet besagte dies, dass die amerikanischen *conservatives* eher einer Form des aristokratischen, kulturpessimistischen, aber dessen ungeachtet individualistischen Altliberalismus¹³ hobbeseanischer Provenienz anhängen, der oftmals mit komunitären und republikanischen Ideologieelementen vermischt sein konnten. Eine solche Variante des angelsächsischen Aufklärungsliberalismus war in der frühen amerikanischen Republik v. a. deshalb denkbar, weil die vorangegangene Revolution sich weniger sozialen Spannungen verdankte als einer wachsenden mentalitären, sozioökonomischen und weltanschaulichen Differenz zum britischen Mutterland. In der Forschung ist mitunter sogar be-

Conservatism: An Anthology of Social and Political Thought from David Hume to the Present, Princeton 1997. Vgl. K. L. Shell, Der amerikanische Konservatismus, Stuttgart 1981.

- ¹² Der kontinentaleuropäische Konservatismus entzieht sich von jeher geradezu notorisch einer klaren Definition. Vgl. u. a. P. Kondylis, Konservatismus: Geschichtlicher Gehalt und Untergang, Stuttgart 1986; L. Elm, Konservatives Denken, 1789–1848/49, Berlin 1989; C. von Schrenck-Notzing, Stand und Probleme der Erforschung des Konservatismus, Berlin 2000; G. Rohrmoser, Geistige Wende: Christliches Denken als Fundament des modernen Konservatismus, München 2000; A. Gauland, Anleitung zum Konservativsein: Zur Geschichte eines Wortes, Stuttgart 2002.
- ¹³ Der Begriff des *Liberalismus* mag für das späte 18. Jahrhundert anachronistisch erscheinen, da er erst in den 1820er Jahren entstand. Dies bedeutet indes nicht, dass ihm für diesen Zeitraum keine Bedeutungsinhalte zukommen würden, deren inhaltliches Korrelat dann als *Liberalismus* bezeichnet werden könnte. Aus diesem Grund hält die angelsächsische historische und philosophische Forschung bis heute daran fest, von *liberalism* zu sprechen, wenn bestimmte Inhalte der angloschottischen Aufklärung, insbesondere der Utilitarismus, bezeichnet werden.

stritten worden, dass die Amerikanische Revolution überhaupt den Charakter einer Revolution hatte.¹⁴ Geht man beispielsweise von marxistischen Vorgaben aus, fällt es in der Tat schwer, den Abfall der 13 nordamerikanischen Kolonien Großbritanniens unter den Aspekt des Klassenkampfes zu rubrizieren. Trotzdem hat man sinnvollerweise daran festgehalten, die Ereignisse ab 1773 als Revolution einzuordnen. Gleichwohl dürfen durch diesen typologischen Ansatz die Spezifika der Amerikanischen Revolution nicht außer Acht geraten. Zu diesen Besonderheiten gehörte zum einen das weitgehende Fehlen sozialrevolutionärer Züge im Verlauf der Revolution, v. a. aber im unmittelbaren Anschluss an sie. Sieht man einmal davon ab, dass die loyalistischen *Tories* – rund ein Drittel der Bevölkerung – aus politischen Gründen enteignet und vertrieben wurden und dass es in Pennsylvania zeitweilig Ansätze zu einer sozialen Umwälzung gab, gelang es den kolonialen Eliten mit bemerkenswerter Zielstrebigkeit, die Revolution im Sinne eigener Interessen im Griff zu behalten. Zum anderen fehlte der empiristischen angloschottischen Aufklärung die antiklerikale Radikalität, die etwa im katholischen Südeuropa das Klima zwischen Kirche und rationalistischer französischer Aufklärung nachhaltig vergiftete. Umgekehrt gelang es den Anhängern der evangelikalischen Erweckungsbewegungen in Nordamerika, eine reformoffene, mit den Zielen der Revolution kompatible, sie sogar befördernde Form der Gläubigkeit zu schaffen, die nicht einmal das *deestablishment* der anglikanischen Staatskirchen im Süden der USA als Problem ansah. Ganz im Gegenteil wurde die Trennung von Staat und Kirche von den Evangelikalen ausdrücklich begrüßt. Damit fehlte dem US-amerikanischen *conservatism* jene doppelte Frontstellung, die dem europäischen Konservatismus sein Gesicht gab: der Kampf um die etablierte soziale und religiöse Ordnung.

Sozial war der *conservatism* von Beginn an mit bestimmten gesellschaftlichen Gruppen in der Union verbunden, deren jeweilige Interessen sein weltanschauliches Profil noch einmal ausdifferenzierten. Es wäre sinnlos, die aus der Amerikanischen Revolution herauswachsenden Fraktionen und Parteiungen nach den Begriffen konservativ, moderat und radikal zu sortieren. Gewiss gab es diese divergierenden Strömungen, aber die ersten parteiähnlichen Gebilde, die *Federalists*, die *Antifederalists* und die aus ihnen hervorgehenden *Democratic-Republican Clubs* waren sozial und ideologisch noch relativ inkohärent.¹⁵ Es dominierten überall die An-

¹⁴ Zur Diskussion vgl. H. Dippel, *Die Amerikanische Revolution, 1763–1787* Frankfurt a. M. 1985, S. 9–12.

¹⁵ Vgl. allg. zum frühen Parteiensystem in den USA A. M. Schlesinger (Hrsg.), *History of U.S. Political Parties*, Bd. I: 1798–1860: From Factions to Parties, New York 1973.

gehörigen der alten Eliten, Großgrundbesitzer, Kaufleute und Juristen, hinzu kamen gleichfalls fraktionsübergreifend Handwerker und kleine Landbesitzer, die das Gros der amerikanischen Bevölkerung ausmachten. Erst im Verlauf der ersten Jahrzehnte der frühen Republik sortierte man sich nach klarer abgrenzbaren sozialen und ideologischen Kriterien, aber selbst in dieser Phase blieb vieles im Fluss. Generell kann man sagen, dass der entstehende *conservatism* bis in die 1840er Jahre bei den *Federalists* und nach deren Zerfall in der *Whig Party* seine politische Heimat hatte. Regional und sozial rekrutierte er sich aus den frühindustriellen, kapitalistisch gesonnenen urbanen Mittelklassen insbesondere des neuenglischen Raumes sowie aus unionspatriotischen Großgrundbesitzern im sklavenhaltenden oberen Süden (Virginia, North Carolina) und im kreolisch-freimaurerischen Louisiana. Diese *conservatives* waren nicht selten moralische und politische Reformer aus dem aufgeklärt-liberalen, philanthropischen Lager oder aus dem Umfeld des erweckten Evangelikalismus,¹⁶ der allerdings gelegentlich radikale Züge annehmen konnte. Insgesamt sorgte der evangelikale Flügel des amerikanischen Konservatismus dafür, Angehörige der unteren Mittelklasse, der Handwerkerschaft und aus dem protestantischen Arbeitermilieu parteipolitisch wie ideologisch einzubinden. In vielen Fällen war die Reformbereitschaft der *conservatives* indes mit einer skeptischen Haltung gegenüber der Demokratie im Stile eines Andrew Jackson verknüpft, da man befürchtete, eine erweiterte Partizipation unterbürgerlicher, besitzarmer oder gar besitzloser Klassen würde auf Dauer die geheiligten Eigentumsverhältnisse in der Union unterminieren. Erst mit dem Durchbruch der Massendemokratie um 1840 und der Radikalisierung des Evangelikalismus seit den 1830er Jahren gaben die *conservatives* bei den *Whigs* im Wahlkampf von 1840 die Vorbehalte gegen die Massendemokratie endgültig auf.¹⁷

Just zu diesem Zeitpunkt verschoben sich aber die internen Gewichte innerhalb des amerikanischen Konservatismus und eine Entwicklung, die ihn für lange Zeit neu definieren sollte, nahm ihren Anfang. Bis etwa 1840 waren es vor allem die neuenglischen Besitzbürger gewesen, die den *conservatism* inhaltlich bestimmt hatten. Sie waren wirtschaftsliberal, besitzindividualistisch, kapitalistisch, moderat reformistisch und national geson-

¹⁶ Vgl. allg. R. J. Carwardine, *Evangelicals and Politics in Antebellum America*, New Haven 1993; D. W. Howe, *The Evangelical Movement and Political Culture in the North during the Second Party System*, in: *Journal of American History* 77.5 (1991), S. 1216-39.

¹⁷ Vgl. M. F. Holt, *The Rise and Fall of the American Whig Party: Jacksonian Politics and the Onset of the Civil War*, New York 1999.

nen.¹⁸ Nun allerdings strömten erstmalig genuin europäische Denkstile in den US-amerikanischen Konservatismus ein, deren Träger primär katholische Immigranten aus Europa waren. Sie verbanden sich mit dem vorhandenen konservativen Ideologieangebot zu einer äußerst heterogenen Mischung, die ihre politische Heimat nun nicht mehr bei den altliberalen *Whigs*, sondern ausgerechnet bei den einstmals radikalen Vorkämpfern der partizipatorischen Massendemokratie in der Demokratischen Partei, der Partei von Thomas Paine, Thomas Jefferson und Andrew Jackson mit seiner Rhetorik des *common man* fanden. Die Gründe für den Wandel der Demokraten zu einer konservativen Partei lagen einerseits in der wachsenden Bedeutung der Sklavenfrage, die bürgerlich-konservative Reformer alten Stils bei den *Whigs* partiell radikalisierte. Andererseits spielten zunehmende Vorbehalte gegenüber der liberal-kapitalistischen Wirtschaftsweise und einem zentralisierten nationalen Machtstaat in der Klientel der Demokraten innerhalb der Arbeiterschaft eine wichtige Rolle. Wegen der Dominanz irischer und deutscher Katholiken innerhalb der unterprivilegierten Arbeiterschaft des Nordens kam es dabei nicht so sehr zu einer generellen Kritik an der Verteilung von Besitzverhältnissen und Produktionsmitteln insgesamt, sondern vielmehr zu einer moralisch induzierten Kritik an der modernen utilitaristischen und kapitalistischen *political economy* unter den Auspizien einer vormodernen, ruralen *moral economy*. Nicht das Privateigentum und der *laissez-faire*-Gedanke als solche wurden abgelehnt, sondern deren abstrakter Einsatz innerhalb eines Gefüges national oder global agierender Banken und Monopole, durch welche die Gesetzmäßigkeiten einer überschaubaren, organisch-kommunitären Wirtschaftsordnung im Rahmen einer *face-to-face society* außer Kraft gesetzt wurden. Die Skepsis gegenüber der kapitalistischen Wirtschaftsweise verband sich im Süden rasch mit der Angst vor einer bürgerlichen Gesellschaft, die aus ökonomischen und moralischen Gründen ohne das Institut der Sklaverei auskommen wollte. Die bisherigen altliberalen *conservatives* mutierten daher in der Sicht der nunmehr als konservativ definierten Demokraten zu revolutionären Radikalen, denen es um den Umsturz der bisherigen traditionellen Ordnung ging. Bis zu einem gewissen Grade stimmte diese Einschätzung, da die Überwindung der Sklaverei mit ihrem semiaristokratischen und pseudofeudalen gesellschaftlichen Gefüge tatsächlich in der Logik des bürgerlichen Kapitalismus lag. Freier Markt und Lohnarbeit gehörten systemisch eng zusammen.¹⁹

¹⁸ Vgl. J. Ashworth, *Slavery, Capitalism, and Politics in the Antebellum Republic*, Bd. I: *Commerce and Compromise, 1820–1850*, New York 1995.

¹⁹ Vgl. zu diesem Komplex ausführlich M. Hochgeschwender, *Freiheit, Einheit, Ordnung: Der US-amerikanische Katholizismus und die Sklavenfrage, 1835–*

Für den *conservatism* hatte diese teilweise Adaption europäisch konservativer Anliegen gewichtige ideologische Folgen, die selbst nach dem Ende der südstaatlichen Alternative zur kapitalistischen *Yankee*-Demokratie des Nordens bis in die 1950er Jahre relevant bleiben sollten, wenngleich parteipolitisch vielfach gebrochen. Selbst der *new conservatism* der 1950er Jahre, den Denker wie Russel Kirk oder Peter Viereck propagierten, änderte an dieser weltanschaulichen Grundoption wenig. Was unverändert blieb war der generell altliberale Grundansatz des *conservatism*, d. h. der Glaube an die Heiligkeit und Unantastbarkeit des Privateigentums sowie einer Staats- und Gesellschaftsordnung, die auf die unbedingten, unverfügbaren Rechte des durch Besitz ausgezeichneten Individuums gekennzeichnet war. In der demokratischen Variante des *conservatism* konnte dies besonders bei Katholiken mit sozialkonservativen, kapitalismusskeptischen Anliegen verbunden sein, die in der republikanischen Version vor allem nach 1870, also nach dem Niedergang der radikalen Republikaner, bis zum Aufkommen des Progressivismus um 1900 kaum vorhanden war. Progressivismus und Katholizismus erwiesen sich danach in den 1930er Jahren kaum zufällig als Träger des sozialreformistischen *New Deal* unter Franklin D. Roosevelt, der angesichts der großen Systemkrise des liberalen Kapitalismus seit 1929 auf eine Koalition konservativer, moderater, sozialdemokratischer und radikaler Kräfte bauen konnte.

Mit der prinzipiellen Akzeptanz des kapitalistischen Wirtschaftssystems und des Privateigentums verband sich im US-amerikanischen *conservatism* im Unterschied zum Liberalismus lockeanischer Herkunft eine moderate anthropologische Skepsis, die in Teilen auch für den kontinentaleuropäischen Konservatismus – dort jedoch stärker theologisch begründet – kennzeichnend war. In der Praxis bedeutete dies vorrangig eine gewisse Scheu gegenüber abstrakten Ideen, umfassenden Visionen und einer utopischen, holistischen Rhetorik, wenn man so will, den Primat des Partikularen, historisch Gewachsenen, Etablierten vor dem stets verdächtigen Neuen. Fortschritt und Moderne blieben freilich inhaltliche Bezugspunkte des *conservatism*, der sich gerade nach 1865 viel auf seine Kompatibilität mit der Moderne zugute hielt. Die Anthropologie des *conservatism* war nur zum Teil religiös begründet. Fast wichtiger war die Rezeption der Ideen von Thomas Hobbes. Religion wurde von den *conservatives* bevorzugt funktional betrachtet, also als Garantie geordneter sozialer, politischer und ökonomischer Verhältnisse. Die *libertas ecclesiae* als

1870, Tübingen 2003, S. 127-54 und ders., Ultramontaner Katholizismus und amerikanische Demokratie, 1830–1860, in: W. Kremp (Hrsg.), Katholizismus im atlantischen Raum, Trier 2004, S. 63-86.

Selbstzweck, wie im katholisch-konservativen Ultramontanismus, war den überwiegend protestantisch-denominationalistischen amerikanischen Konservativen fremd. Auf dieser Ebene blieb man den geistigen Traditionen des frühen *conservatism* selbst unter Evangelikalen und später unter den Fundamentalisten weitgehend treu.

Neu waren indes drei ideologische Prinzipien, die sich maßgeblich der Allianz mit dem sklavenhaltenden Süden verdankten und die dann nach dem Bürgerkrieg unter veränderten Umständen sowie mit neuer Funktion weiterwirkten: Erstens verschob sich das Gewicht des Staates bzw. der Bundesregierung und ihrer Bürokratie innerhalb der konservativen Weltanschauung in den USA. Wie bereits bemerkt, waren die frühen *conservatives* der Jahre um 1810 nationalliberale Unionspatrioten gewesen, die nicht selten einer aktiven Funktion des Bundesstaates etwa beim Aufbau und Schutz der neuen Industrien durch protektionistische Zolltarife das Wort geredet hatten. In der Folge änderte sich dies. Zwar blieben die Konservativen zweifellos Patrioten, ja Nationalisten (wenn sie nicht als radikale Südstaatler die Union ablehnten), aber sie trennten ideell die Nation vom Staat und der Regierung. Sie wollten mächtige Vereinigte Staaten, aber mit einer schwachen Bundesregierung. Hier wirkten überkommene genuin konservative partikularistische Denkstile ebenso mit wie der liberale Glaube an den Nachtwächterstaat.

Kaum weniger wichtig als die Kritik am starken Staat der Moderne war das zweite neu hinzutretende Ideologem des sich formierenden *conservatism* nach 1840: der Rassismus in seiner essentialistischen Variante.²⁰ Rasse wurde in der Antebellumepoche zur grundlegenden Kategorie US-amerikanischer Gesellschaftspolitik. Beide Seiten, bürgerliche Reformer und konservative Reformgegner teilten rassistische Attituden vor allem gegenüber Schwarzen, Indianern, Mexikanern und Asiaten. Aber der Gedanke der Rassentrennung, der Segregation, wurde v. a. für die Konservativen konstitutiv. Anfangs gedachte man durch die Akzentuierung des Rassegedankens die Sklaverei zu verteidigen. Gleichzeitig ging es darum, den *Whigs*, die amerikanische Identität häufig über die protestantische Konfession definierten, katholische Immigranten als Wähler abspenstig zu machen, indem man den Protestantismus als identitätsstiftendes Merkmal durch die Zugehörigkeit zur „weißen Rasse“ ersetzte. Besonders unter den Iren, die sowohl konfessionell als auch rassistisch unter erheblichem Druck standen, fand dieser Gedanke regen Anklang. Nach 1865, insbesondere nach 1880 wandelte sich die soziopolitische Funktion

²⁰ S. u. a. I. Hannaford, *Race: The History of an Idea in the West*, Baltimore 1996; R. Horsman, *Race and Manifest Destiny: The Origins of American racial Anglo-Saxonism*, Cambridge 1981.

des Rassekonzepts innerhalb des konservativen Denkens in den USA. Mit dem parallelen, eng miteinander verbundenen Niedergang der radikalen Republikaner seit Beginn der 1870er Jahre und dem Entstehen des soliden Südens unter fast absoluter Dominanz der Demokraten gaben die Republikaner ihre sogenannte *southern strategy* auf, also den Versuch, mit Hilfe einer Koalition aus antiaristokratischen Südstaatlern aus der unteren Mittelklasse und den Schwarzen dauerhafte Mehrheiten im Süden aufzubauen.²¹ Der faktische Rückzug der Republikaner, verbunden mit der Preisgabe schwarzer Partizipationsansprüche ermöglichte dann den Aufbau einer in der Grundstimmung konservativen Allparteienkonstellation auf der allen gemeinsamen Basis eines rekonziliatorischen Rassismus. Die USA wurden als Nation der Weißen definiert, während alle anderen Rassen faktisch und zum Teil mit gesetzlichen Mitteln ausgegrenzt wurden. Auf diese Weise sollten die vom Bürgerkrieg geschlagenen Wunden allmählich verheilen. Es begann eine Phase konservativer, auf Rasse gegründeter kultureller Hegemonie, die etwa 1880 einsetzte und bis in die Mitte der 1950er Jahre anhielt und die von den konservativen Flügeln beider Parteien, der Demokraten wie der Republikaner, getragen wurde. Erst mit dem neuerlichen *realignment* der Parteien seit den 1930er Jahren wurde die Vorherrschaft des rassistischen *conservatism* landesweit ansatzweise aufgebrochen.

Das dritte Ideologieelement, das im Verlauf des 19. Jahrhunderts zum US-amerikanischen *conservatism* hinzutrat, war zwar nicht völlig neu, bekam aber, wie der Rassismus, im späten 19. und vor allem in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine neue politische Funktion als identifikatorisches Merkmal eines situativ verorteten amerikanischen *conservatism*. Gemeint ist der sogenannte Isolationismus.²² Mit diesem Begriff soll keineswegs impliziert werden, dass es in den USA tatsächlich einen Isolationismus gegeben habe, der jedwede außenpolitische Entfaltung der USA abgelehnt habe. Gerade im weiten Feld der Außenhandelspolitik hat eine derartige politische Abstinenz der Vereinigten Staaten zu keinem Zeitpunkt existiert. Gemeint war vielmehr eine auf George Washington und Thomas Jefferson zurückgehende Tradition, die außenpolitischem Engagement in Europa kritisch gegenüberstand und dementsprechend feste Al-

²¹ Vgl. D. W. Blight, *Race and Reunion: The Civil War in History*, Cambridge 2001; G. Elisabeth Hale, *Making Whiteness: The Culture of Segregation in the South, 1890–1940*, New York 1999.

²² Zur Diskussion vgl. etwa K. Schwabe, *Der amerikanische Isolationismus im 20. Jahrhundert: Legende und Wirklichkeit*, Wiesbaden 1975; vgl. ferner W. L. Hixson, *Isolationists and Internationalists: The Debate over Intervention*, New York 2003 und R. Sarges, *A Story of America First*, Westport 2003.

lianzen mit den europäischen Großmächten strikt ablehnte. Die Handlungsfreiheit der Vereinigten Staaten in Asien oder Lateinamerika war dadurch in keiner Weise eingedämmt. In einem konservativen Denksammenhang führte die isolationistische Grundhaltung von Beginn an zu einer abwägenden, manchmal auch ablehnenden Position in Fragen des Expansionismus. Der klassische *conservatism* der *Federalists* und *Whigs* stand militärischer Expansion grundsätzlich ablehnend gegenüber. Insgesamt war die Ausdehnung der USA durch Krieg eher ein Projekt der Liberalen, sieht man einmal von einem kurzen Zwischenspiel in den 1840er und 1850er Jahren ab, als südstaatliche Konservative hofften, durch militärische Ausbreitung nach Zentralamerika hin, das Imperium der Sklaverei ausdehnen zu können. Aber erst mit dem Aufkommen eines durchdachten, moralisch argumentierenden, weltanschaulichen Internationalismus in der Präsidentschaft Woodrow Wilsons bekam der konservative Isolationismus wirklichen Gehalt und wurde rasch zu einem festen Referenzpunkt konservativer Ideologie. Dies änderte sich unter dem Eindruck der totalitären Gefahr im Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg, als der antitotalitäre Antikommunismus die Funktion des Rassismus als überparteilicher und des Isolationismus als innerkonservativer Kohäsionsideologie übernahm. Für die Mehrheit der *conservatives* bedeutete die antikommunistische Außenpolitik aber keineswegs eine endgültige Abkehr vom nationalistischen und potentiell isolationistischen Prinzip des *America First*. Die Idee des amerikanischen Unilateralismus wurde nur, infolge einer spezifischen außenpolitischen Konstellation, zurückgestellt. Was vor allem blieb, war eine antiidealistische Form des Internationalismus unter den Konservativen. Im Gegensatz zu den liberalen idealistischen Internationalisten glaubten sie nicht an die Möglichkeit einer perfektionistischen Neuordnung der Welt im Sinne von Demokratie und Menschenrechten, sondern an eine vorwiegend interessengeleitete, „realistische“ Außenpolitik.

Der US-amerikanische *conservatism* erweist sich also in seiner Genese wie in seiner jeweiligen zeittypischen Ausformung als vergleichsweise komplexes, von vielfachen Ambivalenzen durchzogenes, ideelles und soziales Gebilde. Ausgesprochen liberale Elemente standen neben solchen, die unverkennbar der europäischen Tradition des Konservativismus entnommen waren, Nationalismus, Rassismus, Kapitalismus und Individualismus verbanden sich mit Vorbehalten gegenüber dem Staat und einer oft originellen Tendenz zur geordneten Anarchie. Eine besondere parteipolitische Präferenz der US-amerikanischen *conservatives* war nur in der Antebellumperiode, besonders dem Jahrzehnt vor Ausbruch des Bürgerkrieges, erkennbar, ansonsten verteilten sie sich mehr oder minder gleichmäßig auf die Republikaner und Demokraten. Weltanschaulich war der amerikani-

sche *conservatism* keine feststehende Größe. Er verband ein heterogenes Gemisch grundlegender, mithin kaum veränderbarer Elemente mit solchen, die flexibel gehandhabt wurden bis zu Ideologemen, die nur punktuell und situativ genutzt wurden. Im Verlauf des 20. Jahrhunderts machte die daraus resultierende Gesamtideologie einen Prozess der Westernisierung durch. Gerade im Zusammenhang mit der spätestens Mitte der 1950er Jahre wirksam werdenden, anhaltenden kulturellen Hegemonie des Konsensliberalismus der *New Deal Order* passte sich der *conservatism* an gesamtwestliche konservative Strukturen an und büßte einiges von seiner vorigen Exzeptionalität ein.

So wurde etwa das Verhältnis zum Zentralstaat entspannter, keynesianische Eingriffe in die Marktordnung akzeptabler und internationalistische Positionen zumindest in ihrer antikommunistischen Lesart pragmatisch akzeptiert. Gleichzeitig ließ in dieser Epoche der Einfluss des protestantischen Evangelikalismus spürbar nach. Der US-amerikanische *conservatism* machte, ebenso wie der europäische Konservatismus, eine spürbare Säkularisierung durch. Dadurch wirkte er insgesamt europäischer als je zuvor. Dies leistete dem Missverständnis Vorschub, europäischer Konservatismus und europäische Christdemokratie seien mit dem *conservatism* US-amerikanischer Prägung tatsächlich verwandt. Die Differenz beider weltanschaulicher Zugriffe wurde so im Rahmen des Kalten Krieges überspielt.

Dies änderte indes wenig an einigen der offenkundigen Probleme des *conservatism* in den 1950er und 1960er Jahren.²³ Es war in erster Linie das häufig mit antiurbanen Vorbehalten durchsetzte rassistische Weltanschauungselement, das Hass auf die Schwarzen mit antisemitischen Denkformen und der partikularistischen *States' Rights*-Ideologie des Südens durchmischte. Hier fand sich an der Basis gelegentlich eine starke Gewaltbereitschaft, die sich gerade im Süden der USA immer wieder Bahn brach. Als theoretische Legitimation diente dabei das von Thomas Jefferson propagierte Ideal der *Yeoman Democracy*, d. h. die Vorstellung einer egalitär-utopischen Gesellschaft kleiner, vorwiegend oder ausschließlich weißer Landbesitzer, auf deren Boden im wahrsten Sinne des Wortes die amerikanische Demokratie gedeihen sollte. Es war genau diese Konstante im Weltbild der *conservatives*, die unter liberalen Intellektuellen das Zerrbild einer antiintellektuellen, antimodernen Rechten entstehen ließ, mit der im

²³ Zur Situation des *conservatism* in den 1960er Jahren vgl. D. Marcus, *Happy Days and Wonder Years: The Fifties and Sixties in Contemporary Cultural Politics*, New Brunswick 2004; D. R. Farber, *The Conservative Sixties*, New York 2003; J. M. Schoenwald, *A Time for Choosing: The Rise of Modern American Conservatism*, Oxford 2001.

Grunde weder intellektuell noch politisch ernsthaft zu rechnen sei. Ausgehend von der Beobachtung des *lunatic fringe*, also von ultraradikalen Gruppen wie der *John Birch Society* oder den Milizbewegungen sowie von rechtsextremen republikanischen Politikern, darunter dem Präsidentschaftskandidaten von 1964 Barry Goldwater, konstruierten liberale Intellektuelle, so z. B. der Historiker Richard Hofstadter, eine amerikanische Rechte, der ein generell nachgerade paranoider Politikstil unterstellt wurde.²⁴ Andere Intellektuelle, darunter federführend Lionel Trilling und Louis Hartz, bescheinigten sich in der Mitte der 1950er Jahre selbst, der Liberalismus lockeanischer Prägung sei die einzige wahrhaft amerikanische Ideologie. Er sei überdies intellektuell allen anderen Ansätzen derart überlegen, dass sie im Grunde zu vernachlässigen seien.²⁵

Diese überaus selbstbewusste liberale Interpretation hatte in den späten 1950er und frühen 1960er Jahren einiges für sich. Tatsächlich mangelte es dem *conservatism* im Unterschied zum europäischen Konservatismus an selbstreflexiver Kraft. Sein umständeabhängiger, pragmatischer Zugriff auf die eigene Tradition, die Auswahl jeweils relevanter Ideologeme basierte auf einem durchaus intendierten Mangel an theoretischer Reflexion. Ihm fehlte es an einer soliden philosophischen Basis. Nur wenige konservative Intellektuelle in den Vereinigten Staaten versuchten zwischen 1920 und 1960 dieses Manko zu überwinden, indem sie auf europäische Ideen zurückgriffen. Die *Nashville Agrarians* um Seward Collins, die europäischen Konservatismus und die agrarutopische Tradition Thomas Jeffersons versöhnen wollten, waren ein Beispiel,²⁶ Mortimer Adler und Richard M. Hutchins von der konservativen *University of Chicago* ein anderes.²⁷ Diese beiden bemühten sich, die aristotelisch-thomistische Tradition für den amerikanischen *conservatism* in einer nichtkonfessionellen Weise fruchtbar zu machen. In dieser Linie lag auch das Denken Stephen J. Tonsors, der seit den 1970er Jahren zu den schärfsten Kritikern des auf-

²⁴ Vgl. R. Hofstadter, *The Paranoid Style in American Politics*, Cambridge 1965.

²⁵ Vgl. L. Hartz, *The Liberal Tradition in America*, San Diego 1991.

²⁶ Zu den *agrarians* und ihrem geistigen Umfeld vgl. E. S. Bingham, *The Southern Agrarians and the New Deal: Essays after I'll Take a Stand*, Charlottesville 2001; P. V. Murphy, *The Rebuke of History: The Southern Agrarians and American Conservative Thought*, Chapel Hill 2001.

²⁷ Vgl. M. J. Adler, *The Common Sense of Politics*, New York 1997; ders., *The Great Treasury of Western Thought*, New York 1977; R. M. Hutchins, *The Humanities Today*, New York 1977, vgl. außerdem M. D. Torre, *Freedom in the Modern World: Jacques Maritain, Yves R. Simon, Mortimer J. Adler, Notre Dame* 1990.

kommenen Neokonservatismus zählte.²⁸ Ansonsten, auch darauf hat Tonsor aufmerksam gemacht, waren es vorrangig katholische (und episkopale) Philosophen und Publizisten, die dem amerikanischen *conservatism* durch Rückgriff auf Aristoteles und Thomas von Aquin eine neue Orientierung geben wollten. Dabei erwiesen sich die französischen Thomisten um Jacques Maritain und Etienne Gilson als besonders hilfreich.²⁹ Ungeachtet dieser katholischen Beiträge zum *conservatism* blieb deren Rezeption jenseits des katholischen Milieus in den USA marginal. Weder der Aristotelismus, den auch Exilanten wie Eric Voegelin oder Leo Strauss propagierten,³⁰ noch der Thomismus oder der Personalismus lösten das Basisproblem des genuin amerikanischen *conservatism*: seinen pragmatischen Mangel an theoretischer Reflexion. Das bloße Festhalten am gesellschaftlichen *status quo* oder der gebetsmühlenartige Rekurs auf die Prinzipien Jeffersons,³¹ vermochten dieses begründungstheoretische Defizit nach 1955 nicht mehr aufzufangen. Die US-amerikanische Nachkriegsgesellschaft wandelte sich zu rasch. Darauf war der *conservatism* kaum hinreichend vorbereitet. Sein Wechselspiel zwischen anarchischem Individualismus und Fiskalkonservatismus auf der einen Seite und starkem nationalen Sicherheitsstaat auf der anderen Seite verlor seine soziale Anziehungskraft. Eine tiefe Krise, die in der verheerenden Wahlniederlage von 1964 gipfelte, war die Folge.

Die Krise des *conservatism* beschränkte sich keineswegs auf die Theorieebene. Ausgerechnet dort, wo er bislang seine größten Erfolge erzielt hatte, auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik, büßte er seine gestalterische Fähigkeit weitgehend ein. Ihm mangelte es an einer sozioökonomischen Zielprojektion, an einer Soziallehre und an einer Wirtschaftstheorie, die mit den Krisen der industriellen Moderne umgehen konnte. Die Große Depression hatte in den 1930er Jahren die alten Heilsversprechen des Wirtschaftsliberalismus und damit einen Eckpfeiler des *conservatism* massiv infrage gestellt. Hinzu kam, dass die *liberals* nunmehr mit dem Keynesianismus über ein ökonomisches Instrumentarium verfügten, das sich

²⁸ Vgl. S. J. Tonsor, Why I Am Not a Neoconservative, in: G. L. Schneider (Hrsg.), *Conservatism in America since 1930: A Reader*, New York 2003, eine der differenziertesten Anthologien zum Konservatismus und Konservativismus in den USA. Vgl. ferner G. L. Schneider (Hrsg.), *Equality, Decadence, and Modernity: The Collected Essays of Stephen J. Tonsor*, Wilmington 2005.

²⁹ Vgl. J. P. Hittinger, *Liberty, Wisdom, and Grace: Thomism and Democratic Political Theory*, Lanham 2002.

³⁰ Vgl. Th. Gutschker, *Aristotelische Diskurse: Aristoteles in der politischen Philosophie des 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 2002, S. 53-188.

³¹ Etwa im Rekurs auf das Standardwerk von Ch. M. Wiltse, *The Jeffersonian Tradition in American Democracy*, Chapel Hill 1935.

bestens mit dem Machbarkeitsglauben und dem technizistischen Fortschrittsoptimismus der Epoche vereinbaren ließ. Das Wirtschaftswachstum im „goldenen Zeitalter des Kapitalismus“ schien zudem den Glauben an die ausufernde Ordnungs- und Regulierungsfunktion des Staates noch zu bestätigen. Vom *New Deal* über die euphorischen Ankündigungen John F. Kennedys bis hin zur *Great Society* Lyndon B. Johnsons waren es durchweg liberale gesellschaftliche Großprojekte, welche die Phantasie der Amerikaner, insbesondere der Jugend, beflügelten. Die seit den 1890er Jahren anhaltende Rivalität zwischen progressivistisch-liberalen Ordnungspolitikern und konservativen Apologeten des *laissez-faire* schien ein für allemal zugunsten der Marktregulation entschieden zu sein, zumal es den *liberals* durchaus gelang, die Balance zwischen individuellen Freiheiten und egalitärem Sozialanspruch zu halten, ohne in die stets von den *conservatives* prognostizierte Totalitarismusfalle zu tappen. Mehr noch, die *liberals* waren viel eher als ihre konservativen Gegenspieler in der Lage, die gesellschaftlichen und ökonomischen Aufbrüche der 1960er Jahre wenigstens partiell mitzugestalten. Nun rächte sich in einer Phase beschleunigter Modernisierung die bislang erfolgreiche Theorieaskese der *conservatives*. Sie verfügten über keine brauchbaren Konzepte, den Übergang von der Produktions- in die Konsumgesellschaft zu analysieren. Deswegen blieben sie vorerst dazu verdammt, Antworten auf Fragen zu geben, die niemand mehr stellte oder, sich – in Gestalt des *mainstream republicanism* – an die Vorgaben der *liberals* anzupassen.

Ein drittes strukturelles Problem des US-amerikanischen *conservatism* war zugleich eine seiner traditionellen Stärken. Verglichen mit der sozialen Gefolgschaft der *liberals* war diejenige der Konservativen ethnisch, ökonomisch und konfessionell homogener. In der Regel handelte es sich um Angehörige der weißen, angelsächsisch-protestantischen Mittelklasse, die wiederum mehrheitlich in ländlichen Gegenden oder zumindest in Klein- und Mittelstädten angesiedelt war. Schwarze, Juden, Katholiken, Latinos, Asiaten und Angehörige anderer ethnischer oder rassischer Minderheiten tendierten selbst dann eher zum *liberalism*, wenn sie sozial konservativ eingestellt waren. Bevorzugt galt dies für die katholische Wählerschaft, die traditionell den Demokraten ihre Stimme gab. Nur gelegentlich wählten Katholiken die Republikaner und selbst dann bevorzugt Moderate. Mochte die Homogenität der sozialen Klientel bis in die 1950er Jahre ein Vorteil der *conservatives* gewesen sein, nun änderte sich die Situation. Ein wesentliches Element des gesellschaftlichen Aufbruchs jener Tage lag in dem Streben der Minderheiten begründet, stärker an der US-amerikanischen Gesellschaft zu partizipieren. Dies konnte, wie zum Beispiel im Fall des Senators Joe McCarthy, unter dem konservativen Banner des Anti-

kommunismus geschehen (auch die Kennedy-Brüder nutzten diese Chance in den 1950er Jahren), aber in den 1960er Jahren gelang es den *liberals*, dieses Streben für sich zu vereinnahmen. Die Haltung der *conservatives* wurde nun als Versuch einer bestimmten Klasse, Ethnie und Konfession gewertet, sich an überkommene, kaum noch zu rechtfertigende Machtpositionen zu klammern. Strukturell und vom Wählerpotential her geriet der *conservatism* in eine Defensive, die durch den wachsenden Zuzug von katholischen Hispanics scheinbar noch intensiviert wurde. In der Addition der Probleme wird es im Nachhinein verständlich, warum die liberalen Intellektuellen glauben konnten, auf Dauer die kulturelle Hegemonie in den USA innezuhaben.

III.

Allerdings war der Höhepunkt der kulturellen Hegemonie des Konsensliberalismus bereits gegen Ende der 1960er Jahre überschritten. Unter dem Eindruck der Radikalität der 68er-Studentenbewegung wandte sich eine Reihe vormals konsensliberaler Intellektueller, darunter Norman Podhoretz³² und Irving Kristol, dem gerade entstehenden Neokonservatismus zu. Sie wurden sogar regelrecht zu den geistigen Gründervätern dieser Bewegung. Der Neokonservatismus war allerdings nicht die einzige Entwicklung, die zu einer Wiederbelebung des *conservatism* am Ende der 1960er und eingangs der 1970er Jahre führte.³³ Eine ganze Reihe soziostruktureller Ursachen und politisch-weltanschaulicher Anlässe sorgte damals für eine intellektuelle Re-formation, die ihrerseits einen Gestaltwandel des *conservatism* mit sich führte. Es entwickelte sich eine zunehmend heterogene, vielschichtige, aber gesamtgesellschaftlich äußerst einflussreiche konservative Wiedergeburt, die in den 1980er Jahren ihrerseits die kulturelle Hegemonie in den USA errang. Innerhalb dieser Bewegung fanden sich die altliberalen, traditionellen *conservatives*, strikt säkulare und radikalindividualistische *civil libertarians*, religiös motivierte Neofundamentalisten und Rechtsevangelikale, von der Entwicklung nach dem II. Vatikanischen Konzil enttäuschte katholische Konservative, Fiskalkonservative und utilitaristische Monetaristen sowie schließlich die Neokonservativen.³⁴ Letzteren fiel insofern eine gestaltgebende Rolle zu, als sie es

³² Vgl. N. Podhoretz, *My Love Affair with America: The Cautionary Tale of a Cheerful Conservative*, New York 2000.

³³ Zum Folgenden vgl. S. F. Hayward, *The Age of Reagan: The Fall of the Old Liberal Order, 1964–1980*, Roseville 2002; A. J. Matusow, *The Unraveling of America: A History of Liberalism in the 1960s*, New York 1984.

³⁴ Vgl. u. a. Th. Greven, *Die Republikaner: Anatomie einer amerikanischen Partei*, München 2004; C. Leggewie, *America first? Der Fall einer konservativen Revo-*

waren, die daran arbeiteten, die theoretischen Defizite des älteren *conservatism* zu überwinden. Zudem verfügten sie ideologisch wie praktisch über eine besondere Dynamik, die ihnen ein modernes Antlitz verlieh, das den klassischen *conservatives* normalerweise gefehlt hatte. Vor allem traf dies auf den Bereich der medialen Vermittlung konservativer Werte und Inhalte zu. Die *Neocons* hatten von der Generation der 68er, der sie teilweise selber angehörten, in mancherlei Hinsicht gelernt.

Der Siegeszug eines erneuerten, re-amerikanisierten *conservatism* setzte in den 1970er Jahren auf der Basis der ideologischen Selbsterneuerung nach dem Goldwater-Desaster von 1964 ein.³⁵ Es waren aber nicht allein die weltanschaulichen Neuansätze, die das Schicksal des *neoconservatism* und des *conservatism* insgesamt beförderten. Eine Vielzahl von Faktoren auf ganz unterschiedlichen Ebenen bedingte diesen Prozess. Beginnen wir mit drei langfristig wirksamen soziostrukturellen Ursachen:

1) Eine Reihe soziologischer und historischer Studien legt neuerdings nahe, dass sich zu Beginn der 1970er Jahre ein allmählicher Wandel in der sozioökonomischen Struktur der modernen Industriegesellschaften vollzog.³⁶ Dieser Transformationsprozess wird oft unter den Stichworten Globalisierung, Wertewandel oder Kommunikationsgesellschaft rubriziert. Damit ist eine Reihe lose miteinander verknüpfter, teilweise auch gegenläufiger Entwicklungen gemeint, die in ihrer Gesamtheit das Ende der seit etwa 1870 vorherrschenden massenindustriellen bzw. schwerindustriellen Gesellschaftsform nahelegen. Damit ging ein neuerlicher Übergang von einer eher konsum- zu einer primär produktionsorientierten Formation der Industriegesellschaften mitsamt einem tiefgreifenden ethischen Wandel einher, der in paradoxer Dialektik sowohl pluralisierende und individualisierende, wie auch kommunitäre, partikularistische und konservative Formen annehmen konnte. Insbesondere die Verschärfung des globalen wirtschaftlichen Wettbewerbs durch neue Kommunikations- und Produktionstechniken, die in den 1980er Jahren vielen bewusst wurde, führte zu einer neuen Ökonomisierung des Denkens und damit auch des gesellschaftlichen Wertesystems. Produktivität, Wachstum, merkantil definierter Gewinn und „Leistung“ markierten nun einen Wertekanon, der

lution, Frankfurt a. M. 1997; R. Prätorius, In God We Trust: Religion und Politik in den USA, München 2003; P. Beckmann-Schulz, Die Neue Rechte in den USA: Der Einfluss ihrer Political Action Committees auf den amerikanischen Senat, Wiesbaden 1992.

³⁵ Vgl. R. Perlstein, Before the Storm: Barry Goldwater and the Unmaking of the American Consensus, New York 2001.

³⁶ Vgl. A. Giddens, Entfesselte Welt: Wie die Globalisierung unser Leben verändert, Frankfurt a. M. 2004; J. Osterhammel, Geschichte der Globalisierung: Dimensionen, Prozesse, Epochen, München 2004.

sich signifikant von den sogenannten postmaterialistischen Werten der 1960er und 1970er Jahre absetzte. Innerhalb eines solchermaßen gestalteten Denkstils erwies sich der altliberale *conservatism* mit einem Mal deutlich reizvoller als in der vorangegangenen, eher konsumistischen Phase des Konsensliberalismus. Dieser Effekt wurde ganz konkret noch durch das objektive Scheitern des bürokratisch-sozialreformerischen Ansatzes der keynesianischen *Great Society* verstärkt. Entgegen den Erwartungen der akademischen und intellektuellen Vordenker, hatten die Planungen der Johnson-Administration die schweren sozialen Probleme, etwa in den schwarzen Ghettos, nicht nur nicht lösen können. Sie hatten sich zum Teil sogar verschlimmert. Dies lag sowohl an den unzureichenden Methoden und Instrumentarien der Planung, als auch am Gießkannenprinzip, nach dem man die vorhandenen Gelder in die diversen Projekte gestreut hatte.³⁷ Darüber hinaus erwiesen sich die fortgeschrittenen Industriegesellschaften des nordatlantischen Raumes als viel zu komplex, um sie mit der Hilfe computergestützter Regelsysteme in den Griff zu bekommen. In Verbindung mit dem Abfluss US-amerikanischen Kapitals während des Vietnamkrieges führte die Politik der *Great Society* dann zum für Keynesianer unerwarteten Phänomen der *Stagflation*, einer Mischung aus gesamtwirtschaftlicher Stagnation bei gleichzeitigen inflationären Tendenzen. Die Ernüchterung der *liberals* machte sich dann in der Unregierbarkeitsdebatte Mitte der 1970er Jahre Luft. Hierin mutierte gerade die liberale, urbane Metropole New York zum Symbol für die offenkundige Unfähigkeit der *liberals*, der gesellschaftlichen Probleme Herr zu werden.

2) In engem Zusammenhang mit diesem Strukturwandel der Industriegesellschaft stand in den USA ein weiterer Prozess, der die Re-formation des *conservatism* außerordentlich begünstigte: die Suburbanisierung.³⁸ Seit den 1940er Jahren zogen in wachsendem Maße Angehörige der amerikanischen Mittelklassen aus den Innenstädten in die von striktem Konventionalismus und Konformismus gekennzeichneten Vororte, wo sie eine Art Scharnier zwischen der konservativen Landbevölkerung und den

³⁷ Vgl. D. Steigerwald, *The Sixties and the End of Modern America*, New York 1995, S. 6.

³⁸ Vgl. L. McGirr, *Suburban Warriors: The Origins of the New American Right*, Princeton 2001; R. Kroes, *Neo-Conservatism: Its Emergence in the USA and Europe*, Amsterdam 1984. Im Zusammenhang mit der Suburbanisierung steht auch das Aufkommen einer schwarzen Mittelklasse, die in den USA mitunter zum Konservatismus tendiert, vgl. G. T. Tate, *Dimensions of Black Conservatism in the United States: Made in America*, New York 2002; R. W. Walters, *White Nationalism, Black Interests: Conservative Public Policy and the Black Community*, Detroit 2003.

eher liberalen urbanen Metropolen bildeten. Handelte es sich anfangs bevorzugt um weiße Protestanten, so verschob sich das Bild seit den späten 1950er Jahren. Die *suburbs* sollten bewusst zu einem Schmelztiegel werden. Katholiken und Juden, später sogar Mitglieder der schwarzen Mittelklasse, die dadurch dem Wertesystem und der internen Solidarität der *black community* entfremdet wurden, kamen hier zusammen. Ein gewisser Wohlstand und vor allem gemeinsamer Landbesitz begünstigten in *suburbia* die Ausprägung einer typischen Mittelklassenethik, die vielfach nicht mehr durch angestammte Bindungen an ältere sozialmoralische Milieus relativiert wurde. Der in Wahlkämpfen beständig aufs neue beschworene Ärger über *the waste of taxpayer's money*, über die sogenannten *welfare queens* oder die Sorge um die steigende Kriminalität (in den Innenstädten) verband die Bewohner der *suburbs* intensiver als frühere Loyalitäten zu den Gewerkschaften, zur katholischen Kirche oder der schwarzen Bürgerrechtsbewegung. Hinzu kam, dass der Verlust traditioneller Milieubildung des Öfteren von fundamentalistischen Denominationen aufgefangen wurde, die in den suburbanen Siedlungsgebieten eine besonders intensive Missionstätigkeit gerade unter Angehörigen der akademisch gebildeten, aber ort- und bindingslos gewordenen neuen Mittelklasse betrieben. Der Fundamentalismus und Neofundamentalismus aber war für den *conservatism* seit den 1970er Jahren von immenser Bedeutung, da er für eine kampagnenfähige und auch in Wahlkämpfen mobilisierbare Massenbasis der *conservatives* Sorge trug.³⁹ Der Zusammenhang von *suburbia* und Neofundamentalismus wurde durch die liberalen Entscheidungen des *United States Supreme Court* in den 1960er und 1970er Jahren, etwa zum Schulgebet und zur Abtreibungsfrage, noch intensiviert. Traditionell war der Zusammenhang von Modernisierung und Säkularisierung in den USA bei weitem nicht so eng gewesen wie in Europa. Nun aber gelang es den Neofundamentalisten durch die Rezeption von *grass roots*-Methoden der zerfallenden Studentenbewegung, ausgerechnet in den *suburbs* eine wachsende Anhängerschar zu rekrutieren. Davon profitierte im Unterschied zum 19. Jahrhundert, als der Evangelikalismus noch eng mit liberalen und aufgeklärten Reformbewegungen kooperierte, ausschließlich der *conservatism* in Gestalt einer nach rechts gerückten Republikanischen Partei. Dies hing mit der liberalen Haltung der Demokraten in den zentralen religionspolitischen Fragen (Schulgebet, Abtreibung, *vouchers* für konfessionelle Privatschulen, Homosexuellenehe etc.) zusam-

³⁹ Vgl. neben McGirr, *Suburban Warriors*, auch S. Diamond, *Not by Politics Alone: The Enduring Influence of the Christian Right*, New York 1998; C. E. Smidt/J. M. Penning (Hrsg.), *Sojourners in the Wilderness: The Christian Right in Comparative Perspective*, Lanham 1997.

men. Neofundamentalismus und fiskaler Konservatismus verbanden sich in den *suburbs* mit Klasseninteressen der neuen Mittelklasse zu einem soliden konservativen Wählerblock.

3) Der dritte soziostrukturelle Megatrend, der die Blüte des erneuerten *conservatism* maßgeblich mit beeinflusste, war die etwas überspitzt so genannte *Southernization* der Vereinigten Staaten. Den Terminus hat der Mitarbeiter der *New York Times* Peter Applebome mit Inhalt gefüllt.⁴⁰ Im Grunde handelte es sich um eine doppelte Entwicklung, die eine eher gesamtgesellschaftlich angelegt, die andere primär parteipolitisch ausgerichtet. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nahm der US-amerikanische Süden, bedingt durch militärkeynesianisch motivierte Finanztransfers der Bundesregierung in die bis dahin vernachlässigte Region, einen zuvor ungeahnten wirtschaftlichen Aufschwung. Insbesondere die Luft-, Raumfahrt- und Computerindustrie siedelte sich im neu entstandenen *sun belt* an und sorgte inmitten einer von Armut, Rassismus, Gewalt und Rückständigkeit geplagten Region für qualifizierte Arbeitsplätze und ein erhöhtes Steueraufkommen. In der Folge siedelten Amerikaner aus dem Norden und dem Mittleren Westen, den früheren schwerindustriellen Zentren des Landes, die zwischenzeitlich zum *rust belt* verkamen, sich im Süden an. Interessanterweise neigten sie in der Folge dazu, die religiös und politisch konservative Wertewelt des Südens zu übernehmen. Da nun die Einwohnerzahl des Südens anstieg, wuchsen zugleich die Anzahl der Abgeordneten aus dem Süden im Repräsentantenhaus und damit der politische Einfluss dieser Sektion in der gesamten Union.

Unter normalen Umständen wäre dieser Zuwachs der Demokratischen Partei zugute gekommen, deren konservativer Flügel seine Basis seit den 1840er Jahren, verstärkt aber seit den 1870ern im „soliden Süden“ gehabt hatte. Im Jahre 1948 hatte es indessen einen ersten Einbruch in die bis dahin unangefochtene Bastion der Demokraten gegeben. Wegen der überaus vorsichtigen Desegregationspolitik der moderat liberalen Administration des Demokraten Harry S Truman hatte sich im tiefen Süden, vor allem im stets unruhigen South Carolina unter J. Strom Thurmond die *States' Rights Party* gebildet, eine extrem konservative Partei, die auf strikter Rassentrennung und weitgehender Unabhängigkeit der rassistischen *lily whites* in der Demokratischen Partei beharrte. Dieser Trend verschärfte sich mit dem Bekenntnis der Demokraten zur Aufgabe der Segregation nach 1964. Mehr und mehr konservative Südstaatler wandten sich von ihrer angestammten Partei ab und ausgerechnet den einst verhassten

⁴⁰ Vgl. P. Applebome, *Dixie Rising: How the South is shaping American Values, Politics, and Culture*, San Diego 1997; M. Lind, *Up from Conservatism: Why the Right is Wrong for America*, New York 1997, S. 121-37.

Republikanern zu. Dies führte dazu, dass der Süden seit den 1980er Jahren mehrheitlich und zunehmend solide republikanisch wählte. Parallel dazu verschärfte sich die zur Zeit des Konsensliberalismus relativierte ideologische Rivalität zwischen Republikanern und Demokraten. Die Republikaner wurden überwiegend konservativ und büßten ihren liberalen Flügel ein, während die Demokraten nach links rückten. In diesem Zusammenhang sorgte das *gerrymandering*, also der Versuch, die Wahlkreise so zurechtzuschneiden, dass beide Parteien jeweils über absolut sichere Hochburgen verfügten, dafür, den Zwang zum Konsens weiter abzubauen, was zur Radikalisierung auf beiden Seiten führte. Insbesondere die Demokraten verloren durch ihren Linksruck in den 1970er Jahren vielfach den Kontakt zur Lebenswelt ihrer Stammwählerschaft, was die *conservatives* weidlich zugunsten der Republikaner ausnutzten. Ausgehend vom erstarkten Süden bekam die US-amerikanische Gesellschaft in ihrem ländlichen, suburbanen und von der etablierten oder neuen Mittelklasse beherrschten Teil ein konservatives Antlitz.

Der solchermaßen strukturell grundgelegte neue *conservatism* übernahm in vielerlei Hinsicht die Ideologeme seiner älteren Spielart. Neu waren in erster Linie die enge Kooperation mit dem Fundamentalismus sowie die intensivere theoretische Reflexion innerhalb des konservativen Lagers, die indes lange von den liberalen Intellektuellen schlicht nicht wahrgenommen wurde. Da es mir hier bevorzugt um den *Neoconservatism* geht, soll der Fundamentalismus ausgeblendet bleiben. Dafür will ich mich verstärkt den säkularen theoretischen Aufbrüchen im konservativen Lager der USA zuwenden.

IV.

Die „theoretische Wende“ im US-amerikanischen *conservatism* vollzog sich im Kern auf zwei Ebenen, die ihrerseits die oben beschriebenen Defizite des traditionellen konservativen Denkens reflektierten. Auf der wirtschaftlichen Ebene etwa wandte man sich sowohl von der unreflektierten Apologetik des freien Marktes wie von der moderaten Rezeption militärkeynesianischer Vorstellungen ab – wenigstens in der Theorie. Praktisch blieben Politiker wie Ronald Reagan und George H. W. Bush dem Militärkeynesianismus und dem *deficit spending* verhaftet, während sie die Idee einer umfassenden sozioökonomischen Planung mit dem Ziel sozialer Gerechtigkeit im Interesse einer winzigen Minderheit extrem wohlhabender Personenkreise aufgaben. Dabei konnten sie eine schwerwiegende Lücke im keynesianischen Denken nutzen. Dieses basierte nämlich auf der Analyse zwar global vernetzter, ansonsten aber trotzdem primär

nationaler Volkswirtschaften. Im Rahmen des von der Systemkonkurrenz des Kalten Krieges ausgehenden egalitären soziopolitischen Drucks auf die westlichen Volkswirtschaften war ein Handeln in den Kategorien wohl definierter nationaler Märkte und nationaler Sozialpolitiken auch noch sinnvoll gewesen. Mit dem Verlust ökonomischer Dynamik auf der einen Seite war dann die keynesianische *politics of productivity* der 1950er und 1960er Jahre wenn nicht obsolet so doch problematisch geworden, während die an Fahrt gewinnende Globalisierung der Märkte und der Produktionsmittel nach dem Ende des Ostblocks die Idee nationaler Planung auf der Basis konsumistischer Prinzipien erheblich erschwerte. Der Keynesianismus geriet nun an drei Fronten gleichzeitig unter Druck: seinem inhärenten Bürokratismus, der Unfähigkeit der Politik, in Zeiten des Wachstums auf gravierende Marktregulation und *deficit spending* zu verzichten und die Relativierung national definierter Märkte. Zugleich sank in den Mittelklassen der Industrienationen der Wille zu sozialer Umverteilung einschließlich ihrer finanziellen Folgekosten, obwohl gerade die Mittelklassen von der anschließenden ökonomischen Entwicklung nur in Grenzen profitieren sollten. Gerade in den USA gehörten sie seit den 1980er Jahren sogar zu den Realverlierern des Prozesses.⁴¹

Angesichts dieses ökonomischen Paradigmenwechsels gelang es den *conservatives* durch die Rezeption der produktionsorientierten bzw. monetaristischen Theorien Friedrich-August von Hayeks, Ayn Rands sowie Milton Friedmans und der *Chicago School* die Meinungsführerschaft zu erringen. Neben dem offenkundigen Scheitern des sozialplanerischen Experiments in der gesellschaftlichen Realität der USA profitierten die *conservatives* in dieser Entwicklung vermutlich zusätzlich von dem Umstand, dass ein Teil der einst egalitär-sozialreformistisch gesonnenen journalistischen Meinungsführer aus dem weiteren Spektrum der 68er-Generation inzwischen selber der Mittelklasse angehörte und eigenes Eigentum zu verteidigen hatte. Wie dem auch immer sei, spätestens während der Amtszeit von Ronald Reagan und dann verstärkt im Verlauf des Wirtschaftsbooms der 1990er Jahre gewannen die neoliberalen und neomonetaristischen Marktdogmatiker an Boden und lösten so die Planungsfetischisten der konsensliberalen Epoche ab. Insbesondere im massenmedialen Bereich fanden sich immer weniger Opponenten, welche Politik, Wirtschaft

⁴¹ Vgl. Th. B. Edsall, *The New Politics of Inequality*, New York 1984; H. Johnson, *Sleepwalking through History: America in the Reagan Years*, New York 1986, S. 98-101; Berman, *America's Right Turn* (Anm. 10), S. 68. Vgl. ferner Ch. P. Kindleberger, *Keynesianism vs. Monetarism and other Essays in Financial History*, London 1985.

und Gesellschaft an ihre soziale Verantwortung erinnert hätten. Überdies geriet vollkommen in Vergessenheit, dass Keynes einst aus einem konservativen Impuls heraus gehandelt hatte.

Es war jedoch nicht der weltanschaulich neu fundierte wirtschaftspolitische Kurs, der dazu führte, dass sich die USA und Kontinentaleuropa voneinander entfremdeten. Obwohl der Zerfall des Keynesianismus und die Rezeption des neoliberalen Paradigmas in Europa auf eine kulturell differente Umwelt stießen, in der die sozialkritischen Traditionen des klassischen Konservatismus und das christsoziale Erbe eine gewichtige Rolle spielten, konnte man sich dort der Dynamik des Neoliberalismus der *conservatives* kaum entziehen. Viel wichtiger für den Zerfall des transatlantischen Konsenses wurde eine an sich recht kleine, heterogene, dafür aber äußerst einflussreiche Gruppe konservativer Intellektueller, die *neo-conservatives*.⁴²

Der Begriff *neoconservative* erfreut sich insbesondere in den Medien bis heute eines etwas schludrigen Gebrauchs. Er wird häufig pejorativ und ohne klare Definition benutzt, wenn man politische oder andere weltanschauliche Gegner abqualifizieren will. Im Grund ist nur selten klar, worin genau sich eigentlich ein Neokonservativer von einem Konservativen unterscheidet. Darüber hinaus wird zudem der Abstand zwischen europäischem Konservatismus und US-amerikanischem gegebenenfalls angelsächsischen *conservatism* nicht hinreichend reflektiert. Es mag überraschen, aber selbst in der gegenwärtigen zweiten Administration von George W. Bush befindet sich an führender Stelle kaum ein echter *neo-conservative*. Dies bedeutet indes keinesfalls, dass die *neoconservatives* in den USA eine machtpolitisch oder gar intellektuell zu vernachlässigende Größe darstellen, ganz im Gegenteil. Trotz ihrer numerischen Randständigkeit ist es den *neoconservatives* gelungen, sich mit Hilfe des Instruments der *think tanks* sowie ihrer Stellung in den Medien und an den Universitäten eine starke Machtposition im zweiten politischen Glied, insbesondere im Feld der Politikberatung zu sichern. „Denkfabriken“ wie das *American Enterprise Institute*, das *Project for a New American Century* oder die ebenfalls regierungsnahe *Heritage Foundation*, Zeitungen und Zeitschriften wie *National Interest* und der *Weekly Standard*, national be-

⁴² Zum folgenden vgl. u. a. F. Rieger, *Der amerikanische Neokonservatismus: Analyse und Kritik eines postliberalen Politikkonzepts*, Wiesbaden 1989; M. Minckenberg, *Neokonservatismus und Neue Rechte in den USA: Neuere konservative Gruppierungen und Strömungen im Kontext sozialen und kulturellen Wandels*, Baden-Baden 1990; S. Halper/J. Clarke, *America Alone: The Neo-Conservatives and the Global Order*, Cambridge 2004; J. Ehrman, *The Rise of Neoconservatism: Intellectuals and Foreign Affairs, 1945–1994*, New Haven 1995.

rühmte Kommentatoren, die auch in liberalen Zeitungen, beispielsweise der *New York Times* oder der *Washington Post* publizieren, darunter Charles Krauthammer oder William Safire, sind neokonservativ oder stehen den Neokonservativen zumindest ideologisch nahe. Daneben ist der gleichermaßen konservative Nachrichtensender *Fox TV* seit den 1990er Jahren immer stärker unter neokonservativen Einfluss geraten, obwohl er traditionell *conservative* ist. Ähnliches gilt für zahllose Radioshows mit Infotainmentcharakter, die zwischen unterschiedlichen Varianten des *conservatism*, einschließlich des Neofundamentalismus changieren.⁴³ Wer aber sind diese *neoconservatives*, die primär im Bereich der Außenpolitik inzwischen so einflussreich geworden sind und deren intellektuelle Dynamik maßgeblich an der ideellen Transformation des US-amerikanischen *conservatism* mitgewirkt hat?

Im Grunde handelt es sich um drei personell und inhaltlich variierenden Personenkreise, die man grob zwei Generationen zuordnen kann. Sie alle verbindet eine gemeinsame Gründungsgeschichte sowie eine spezifische politisch-soziale und mentale Sozialisation in den 1960er Jahren. Dabei war die erste Generation der *neoconservatives* in den *Sixties* bereits seit annähernd dreißig Jahren politisch aktiv. Viele von ihnen, darunter an prominenter Stelle Irving Kristol, Norman Podhoretz, Nathan Glazer etc. waren zeitweilig heterodoxe Kommunisten gewesen, die von den Sektenstreitigkeiten der alten Linken in den USA zwischen 1920 und 1940 tief geprägt worden waren. Wie viele andere unkonventionelle Marxisten hatten sie unter der Härte, der Rücksichtslosigkeit und den Grausamkeiten der stalinistischen Orthodoxie gelitten, v. a. im Umfeld der Stalinisierung der CPUSA. Anschließend hatten sie als leidenschaftliche Gegner des Totalitarismus in seiner faschistischen wie seiner stalinistischen Variante daran mitgewirkt, den Konsensliberalismus als liberaldemokratische Alternative der 1940er bis 1960er Jahre zu etablieren. Nicht wenige von ihnen sammelten sich in den antitotalitären Organisationen des linken Antikommunismus, der seitdem auch immer wieder als *Cold War liberalism* klassifiziert worden ist, darunter die *Americans for Democratic Action*, die *New York Jewish Intellectuals* mit ihren intellektuell niveauvollen Magazinen (*New Leader*, *Commentary*, *Partizan Review*) und vor allem im weltweit operierenden, vom US-amerikanischen Geheimdienst CIA gesponserten *Congress for Cultural Freedom*.⁴⁴ Erst

⁴³ Zu diesem Zusammenhang vgl. R. A. Viguier/D. Franke, *America's Right Turn: How Conservatives used New Media and Alternative Media to take Power*, Chicago 2004; sehr kritisch: J. Conason, *Big Lies: The Right-Wing Propaganda Machine and How It distorts the Truth*, New York 2003.

⁴⁴ Vgl. Hochgeschwender, *Freiheit in der Offensive?* (Anm.9), S. 96-119.

im Rückblick wird deutlich, wie sehr einige von ihnen bereits in den 1950er und frühen 1960er Jahren sozialpolitische Reformanliegen mit einem tief verwurzelten gesellschaftlichen Konservatismus verbanden. Insbesondere die Soziologen Daniel Bell und Edward Shils, aber auch Kristol, Glazer, Podhoretz und der demokratische, irokatholische Politiker Daniel Patrick Moynihan wären hier zu nennen. Im Unterschied zur zweiten, darauf folgenden Generation von Neokonservativen hatten die Vertreter dieser ersten Generation ihren geographischen Mittelpunkt nicht im konservativen Klima der *University of Chicago* oder im politischen *establishment* der Hauptstadt Washington, sondern in den intellektuellen Zentren New Yorks. Dies prägte ihren an den *New York Jewish Intellectuals* orientierten Diskussionsstil und ihre intellektuelle Analyse maßgeblich. Die ehemaligen Konsensliberalen verfügten über breit gestreute Interessen und pflegten einen ausgesprochen offenen, kritischen und selbstkritischen Diskurs, allesamt Eigenschaften, die den Vertretern der zweiten Generation abgingen. Inhaltlich hielten sie an den Vorgaben der konsensliberalen Phase weitgehend fest. So verteidigten sie weiterhin eine kohärente weltanschauliche Mischung aus liberalem Individualismus, keynesianischer Wirtschafts- und sozialer Reformpolitik – allerdings seit den frühen 1970er Jahren mit deutlich nachlassender Tendenz –, Kosmopolitismus – auch hier mit zunehmend nationalen Untertönen – und dem außenpolitischen Internationalismus Woodrow Wilsons und Franklin Delano Roosevelts. Letzteres ist für unsere Fragestellung von besonderem Interesse, denn auf diesem Wege transponierten die frühen *Neoconservatives* ein anfänglich genuin liberales Weltanschauungselement im Verlauf ihres politischen Frontwechsels in den bis dahin überwiegend „isolationistischen“ Konservatismus der USA. Vor allem aber war entscheidend, dass in der Konfliktkonstellation des Kalten Krieges als globaler transnationaler Systemopposition Internationalismus vorerst nichts anderes heißen konnte als Multilateralismus und Bekenntnis zur Kooperation in der NATO und anderen Allianzen.

Dies sollte sich noch nachhaltig ändern. Gleichzeitig brachten die Intellektuellen der neokonservativen Gründergeneration eine ganz andere Form theoretischer Diskurse mit, als sie bislang innerhalb des theoriearmen – ja skeptischen – konservativen Lagers geführt worden waren.

Der Wandel der einstmaligen führenden Vordenker des Konsensliberalismus zu Neokonservativen hing eng mit den gesellschaftlichen Aufbrüchen der späten 1960er Jahre zusammen. Wie viele reformorientierte Intellektuelle aus der Hochphase des Kalten Krieges der 1950er Jahre, hatten sie modernisierungstheoretische Perspektiven geteilt. So hatten sie u. a. fest an die technische Lösbarkeit sozialer und kultureller Probleme durch

Wachstum, Planbarkeit und Wissenschaft geglaubt. Darüber hinaus teilten sie die Überzeugung vieler aus ihrer Generation, dass die weltanschaulichen Streitigkeiten des 19. Jahrhunderts angesichts des wissenschaftlichen Fortschritts, insbesondere in der Soziologie, bald der Vergessenheit angehören würden. Die Lehre vom *end of ideology*, dem Gedanken, Ideologien würden sich als objektiv der komplexen Realität fortgeschrittener Industriegesellschaften unangemessene Fehlperzeptionen bald selbst *ad absurdum* führen, war nicht umsonst um 1955 in ihren Reihen entstanden.⁴⁵ Umso größer war der Schock, der diese Intellektuellen ergriff, als erst um 1960 die Neue Linke von Großbritannien her sich ausdehnte, um dann um 1966/67 in eine offenkundig marxistisch geprägte, radikale Studentenbewegung einzumünden. Die Konfrontation mit der Generation von 1968 wurde so zum fast schon mythischen Gründungsmythos des Neokonservatismus. Es war also vor allem der durch die eigene Lebenserfahrung im Kampf mit der stalinistischen Orthodoxie hervorgerufene rabiate Antikommunismus, der die Generation um Irving Kristol dazu brachte, sich dem Liberalismus zu entfremden. Auf der außenpolitischen Ebene bedeutete dies vordringlich, eine scharfe Opposition gegenüber der Entspannungspolitik, die man als unsittliches Nachgeben gegenüber dem Terror des Totalitarismus deutete. „Kein neues München 1938“ wurde so zum moralischen Schlachtruf auf dem Feld der Außenpolitik. Im Kampf gegen das Wiedererwachen des (Neo-) Marxismus wandten sich die frustrierten Reformer der 1950er Jahre dann in breiter Front dem *conservatism* zu. Paradoxerweise war es ihr Befremden über die Reideologisierung der radikalen Linken, die dazu führte, dass nun auch die konservative Rechte mit Ideologieelementen des liberalen und altlinken Lagers versorgt wurde. Es kam zu einer gemessen an der Tradition gänzlich unkonservativen Theorieorientierung dieser erneuerten Rechten, deren extremes Potential sich vor allem in der zweiten Generation entfalten sollte.

Ein weiterer Faktor sorgte in den beiden folgenden Jahrzehnten dafür, die Gräben zwischen den früheren Konsensliberalen und dem linksliberalen *Mainstream* vor allem des akademischen Amerika zu vertiefen: die Kontroverse über die Postmoderne.⁴⁶ Dies war nicht minder paradox als die eigentlich ungewollte ideologische Wende im *conservatism*, denn ausgerechnet die zweite neokonservative Generation sollte, zumindest indirekt, wesentlich von Elementen der Postmoderne geprägt werden. In den Augen der frühen Neokonservativen war die Postmoderne, also das per-

⁴⁵ Ebda., S. 466-79 und S. 543-47.

⁴⁶ Vortrag von Gertrud Himmelfarb auf dem Kongreß für kulturelle Freiheit 1992 in Berlin.

spektivistische, relativistische Denken in der Tradition Nietzsches⁴⁷ in erster Linie ein Angriff auf die reale Erkennbarkeit und damit antiideologische Lösbarkeit säkularer Problemlagen. Nur wenn es möglich war, die Welt in wissenschaftlicher Weise so zu erkennen wie sie wirklich war, konnte falsche Ideologie von realer Situationserkenntnis sauber geschieden werden, konnte somit die Überlegenheit der liberal-kapitalistischen Demokratie objektiv erwiesen werden. Mochte der postmoderne Perspektivismus pragmatisch Pluralität sichern, auf einer viel wichtigeren Ebene versagte er, wenn es nämlich darum ging, die Demokratie gegen den Ansturm ihrer vielgestaltigen Feinde mit klarer, harter Hand zu sichern. Da half dann auch die entschiedene Marxismuskritik postmoderner Denker wie Michel Foucault nicht weiter.⁴⁸

Die zweite Generation der *neoconservatives* verhielt sich mit Blick auf die Postmoderne offener, obwohl sie ihren perspektivistischen Grundzug nie offen einräumte. Ganz im Gegenteil, in den *cultural wars* um die kulturelle Hegemonie an den amerikanischen Universitäten und in den Medien steuerte sie einen deutlich gegen postmoderne, postkoloniale oder feministische Entwürfe gerichteten Kurs.⁴⁹ Dennoch war sie viel stärker von Nietzsche beeinflusst als es zugegeben wurde. Dies hing eng mit der typischen politisch-ideologischen Sozialisation von Angehörigen dieser Gruppe zusammen.

Faktisch rekrutierte sich die zweite Generation aus zwei verschiedenen Zirkeln, die aber allesamt eine vergleichbare Konfrontation mit der Ideenwelt der 68er durchgemacht hatte. Die einen waren ehemalige Angehörige der studentischen Protestgeneration. Die waren in den rivalisierenden Organisationen der *Students for a Democratic Society* (SDS) groß geworden, hatten sich aber angesichts der fruchtlosen Macht- und Fraktionskämpfe von der radikalen Linken losgesagt. Die anderen waren von Beginn an Gegner der Neomarxisten gewesen. Sie hatten sich, intellektuell angeregt von so unterschiedlichen Denkern wie William F. Buckley, Jr., dem geistigen Erneuerer des US-amerikanischen Konservatismus seit der Mitte der 1950er Jahre, Friedrich August von Hayek und Milton Friedman, die einen antikeynesianischen, monetaristischen Kurs in der Nationalökonomie predigten, und Ayn Rand, der radikal libertären Individualistin, in Organisationen wie den *Young Americans for Freedom* (YAF) oder

⁴⁷ Vgl. S. D. Hales, *Nietzsche's Perspectivism*, Urbana 2004; A. Megill, *Prophets of Extremity: Nietzsche, Heidegger, Foucault, Derrida*, Berkeley 1987.

⁴⁸ Vgl. U. J. Schneider, *Michael Foucault*, Darmstadt 2004.

⁴⁹ Vgl. M. Gerson, *The Neo-Conservative Vision: From the Cold War to Culture Wars*, Lanham 1996; zur sozioökonomischen Funktion der *culture wars* vgl. Lind, *Up from Conservatism*, S. 138-55.

der *American Conservative Union* (ACU) bzw. der Jugendorganisation der Republikaner zusammengeschlossen.⁵⁰ Eine der wichtigsten intellektuellen Führungsfiguren dieser jungkonservativen Bewegung, die im Wahlkampf des ultrakonservativen republikanischen Präsidentschaftskandidaten Barry Goldwater 1964 ihren Ausgang nahm und ab 1968 innerhalb des amerikanischen *conservatism* zunehmend an Gewicht gewann, aber war Leo Strauss, der an der *University of Chicago* Philosophie lehrte.⁵¹ Strauss hatte eine ganz besondere Variante eines postmodernen, von Nietzsche her gedachten Aristotelismus entwickelt, der praktisch keine Berührungspunkte mit dem alten, oft thomistischen Aristotelismus des klassischen Konservativismus mehr hatte. Inhaltlich hatte dies primär eine Konsequenz: die Übernahme der Idee des autopoietischen, sich selbst konstruierenden Geistesaristokraten, die Strauss von Nietzsche übernommen und in das aristotelische Denken hineintransponiert hatte. Die Abkehr vom traditionellen Essentialismus bedeutete eine partielle Übernahme perspektivistischer und konstruktivistischer Ansätze, deren Geltung in den kulturellen Debatten der 1980er und 1990er Jahre ansonsten gerade von den Neokonservativen vehement bestritten wurde.⁵² Gleichzeitig verstärkte es eine weltanschauliche Tendenz, die dem Neokonservatismus sowohl seitens der konsensliberalen Renegaten der ersten Generation wie durch die kontinuierliche, dialektische Auseinandersetzung mit den Radikalen der 68er Generation von jeher innewohnt hatte. Im klaren Gegensatz zur meist aus der Erbsündenlehre und damit der theologischen Anthropologie des Christentums begründeten anthropologischen Skepsis und dem Kulturpessimismus des traditionellen Konservativismus und des US-amerikanischen *conservatism* neigte der Neokonservatismus eher zu einem zwar nicht genuin optimistischen, wohl aber perfektionistischen Menschenbild. Der Mensch war zumindest der Möglichkeit nach zur demokratischen Perfektion berufen und zwar jenseits allen kulturellen Relativismus. Nicht selten verband sich dies in der Folge mit einem scharfen Nationalismus, der Perfektion mit dem gesellschaftlichen Idealzustand der USA gleichsetzte. Interessanterweise koppelte sich der elitär-perfektionistische Konstruktivismus Leo Strauss' an vergleichbar elitäre und messianisch-perfektionistische Ideen der 68er-

⁵⁰ Vgl. J. A. Andrews, *The Other Side of the Sixties: The Young Americans for Freedom and the Rise of Conservative Politics*, New Brunswick 1997); G. L. Schneider, *Cadres for Conservatism: Young Americans for Freedom and the Rise of the Contemporary Right*, New York 1999. [Für weitere Hinweise zu den YAF danke ich Marco Schrof, M.A., Tübingen.]

⁵¹ Vgl. A. Norton, *Leo Strauss and the Politics of American Empire*, New Haven 2004; Halper/Clarke, *America Alone* (Anm. 42), S. 62-68.

⁵² Vgl. Gutschker, *Aristotelische Diskurse* (Anm. 30), S. 122-29.

Generation, den die Neokonservativen aufgrund ihrer permanenten Konfrontation mit den 68ern dann selbst rezipierten und in die Ideenwelt des *conservatism* verpflanzten. Damit schufen sie innerhalb der konservativen Tradition einen moralisch-visionären Utopismus, der dieser bislang vollkommen wesensfremd gewesen war. Im Grunde waren die Neokonservativen durchweg rechtsdrehende 68er, die den modernistischen Radikalismus dieser aktivistischen Generation bis zur Neige gekostet hatten.

Auf drei weiteren Feldern trugen die Angehörigen der zweiten Generation dazu bei, die innere Gestalt des *neoconservatism* noch einmal zu verändern. Zum einen vollzogen sie den endgültigen Bruch mit den etatistischen und keynesianischen Prinzipien ihrer Vätergeneration. Für sie war das Versagen des bürokratischen Wohlfahrtsstaates wie er sich seit dem *New Deal* Roosevelts und besonders in der *Great Society* Lyndon B. Johnsons in den 1960er Jahren herausgebildet hatte, eine unleugbare Tatsache, der es Rechnung zu tragen galt. Die Rezeption monetaristischer und anderer neoliberaler ökonomischer Ideen gab ihnen zudem das theoretische Rüstzeug zur konsequenten Auseinandersetzung mit den Verfechtern des sozialstaatlichen Prinzips. Zugleich – und dies wurde in den einschlägigen Diskussionen weithin kaum beachtet – vollzogen sie durch die Koalition mit dem Neoliberalismus einen weiteren Bruch innerhalb der konservativen Tradition, insbesondere jener katholischer Provenienz, indem sie deren Kapitalismusskeptische und bewusst antiliberalen, sozialreformistische Basis verließen. Auf diese Weise passten sie die konservativen Diskurse dem ökonomistischen und sozialdarwinistischen Zeitgeist des *conservative backlash* an und „modernisierten“ sie. Zum anderen vollzog sich unter der Ägide der zweiten neokonservativen Generation seit den späten 1980er Jahren eine gewisse Verengung der neokonservativen Ideenwelt. Mehr noch als die Angehörigen der ersten Generation interessierten sich William Kristol, Paul Wolfowitz, Robert Kagan, Donald Frum, Richard Perle, Charles Krauthammer, Michael Boot und andere in erster Linie für die Außenpolitik und hier v. a. für das Schicksal Israels und des Nahen Ostens.⁵³ Dadurch rückten innenpolitische, soziale und kulturelle Anliegen in den Hintergrund. Nicht selten überließ man die Kämpfe an der inneren Front den neofundamentalistischen Verbündeten oder regulären Konservativen wie Rush Limbaugh. Allein die außenpolitische Diskurshegemonie in den Medien und an den Universitäten war nun noch im Blickfeld der neokonservativen Intellektuellen. Im Vergleich mit der Gründergeneration bedeutete dieser Verlust an Breite auch einen Verlust an geistiger Tiefe, an Offenheit und Pluralität der

⁵³ Vgl. Halper/Clarke, *America Alone* (Anm. 42), S. 296-99.

internen Diskussionen sowie an der Fähigkeit, andere Ansichten gelten zu lassen. Die Neokonservativen entwickelten einen exklusivistischen, messianisch anmutenden Habitus, der durch den dritten internen Prozess noch vertieft wurde. Waren nämlich die frühen Vordenker des *neoconservatism* noch dem Typus und der diskursiven Praxis des – in der Regel liberalen oder radikalen – *public intellectual* verpflichtet gewesen, so fand die zweite Generation ihre Heimat in den politischen *think tanks* Washingtons.⁵⁴ Diesen ging es aber weniger um ergebnisoffene, kontroverse und möglichst geistreiche Diskussion wie noch den Intellektuellenzirkeln um Irving Kristol, sondern darum, Positionen zu markieren und in praktische, regierungsamtliche Politik umzusetzen. Die zweite Generation wurde dadurch funktionalistischer, eindimensionaler, bellizistischer, geistig flacher und radikaler als ihre Vorgänger. Allerdings waren es genau diese Funktionalität und die Beschränkung auf das Feld der Außenpolitik, welche es den Neokonservativen in ihrer tiefen Krise in den 1990er Jahren zu überleben erlaubte.

Diesen Unterschieden zwischen älteren und jüngeren Vertretern des Neokonservatismus zum Trotz erscheint es dennoch legitim von einer Bewegung zu sprechen. Beide Generationen wurden tief durch ihre Konfrontation mit der radikalen Studentenbewegung der 1960er Jahre geprägt und motiviert. Besonders ihr rigoroser Perfektionismus und ihr Hang zum visionären Utopismus verdanken sich dieser Auseinandersetzung. Tatsächlich wurden die Neokonservativen insgesamt nicht in erster Linie von ökonomischer Interessenpolitik motiviert. Dies galt viel eher für Anhänger eines traditionellen *conservatism*, etwa für Donald Rumsfeld oder Richard Cheney. Sie dachten vielmehr in strikt moralischen Kategorien, die ihren Diskussionsstil maßgeblich beeinflussten. Hieraus erklären sich die Aggressivität und der idiosynkratische Hang zur Überheblichkeit, der sich gerade in der zweiten Generation breit machte. Kaum weniger wichtig als der Perfektionismus war ein weiterer Punkt, der beide Generationen nachhaltig einte. Ihnen gelang es, die soziale und besonders die ethnische Basis des US-amerikanischen *conservatism* zumindest im intellektuellen Segment zu erweitern. Konkret bedeutete dies nichts anderes als die Überwindung des über einen langen Zeitraum inhärenten Rassismus. Die Mehrheit der *neoconservatives* waren Juden, eine Minderheit katholisch (neben den erwähnten Buckley und Moynihan zum Beispiel Michael Novak oder Richard John Neuhaus), beides ethnokulturelle Gruppen, die bislang außerhalb des konservativen, protestantisch-angelsächsisch dominierten Hauptstranges des *conservatism* gestanden hatten. Mochte sich rein quantitativ

⁵⁴ Für diesen Hinweis danke ich Prof. Dr. James Gilbert, University of Maryland at College Park.

wenig ändern, so hatten die neokonservativen Intellektuellen doch innerhalb des amerikanischen Konservatismus ein ganz anderes Gewicht als jüdische oder katholische Denker zuvor. Dadurch bekam der *conservatism* ein deutlich moderneres, ethnisch offeneres Antlitz als zuvor, allerdings um den Preis gesteigerter weltanschaulicher Unbedingtheit. Dies verband sich mit einer stärker theoretischen Ausrichtung. Erstmals versuchten die Konservativen, den Liberalismus auf seinem ureigensten Feld zu schlagen, was ihnen zur Überraschung vieler *liberals* in den 1980er und 1990er Jahren auch gelang. Angesichts der tiefen inhaltlichen Krise des US-amerikanischen *liberalism*, v. a. aber angesichts der schieren Arroganz, mit der das akademische Amerika die geistigen Prozesse im konservativen Lager lange schlicht nicht zur Kenntnis nahm, war dies kein großes Wunder.

Schließlich verwurzelten die Neokonservativen den einstmals liberalen Internationalismus tief im konservativen Denken. Altkonservative Kritiker bemerkten dies schnell. Vor allem Pat Buchanan, der, obschon Katholik, ein prominenter Verfechter des klassischen isolationistischen und potentiell rassistischen *conservatism* war, reagierte harsch auf diesen Kurswechsel, der freilich an die pragmatische Wende zum Internationalismus im Kalten Krieg etwa während der Eisenhower-Administration anschließen konnte.⁵⁵ Was jedoch den neokonservativen Internationalismus vom *Wilsonian Internationalism* eines Roosevelt, Kennedy oder Johnson unterschied, war die neue außenpolitische Konstellation, in der er praktiziert wurde.

Mit dem Ende des Kalten Krieges war die Sowjetunion als Gegenmacht und als zweite global agierende Supermacht weggebrochen. In den USA als einzig verbliebener Supermacht machte sich ein gewisser Triumphalismus breit, der den Sieg im Kalten Krieg primär oder doch vorrangig auf die Überlegenheit des eigenen liberalen, kapitalistischen und demokratischen Systems zurückführte.⁵⁶ Dieses System, dem schon aus sich heraus eine expansive und aggressive Grundtendenz zueignete – man denke nur an die Idee der permanenten *frontier* oder des *manifest destiny* mit ihren expansionistischen Implikationen – galt es nun zu exportieren, um die Welt besser und sicherer zu machen. Am besten aber konnten dies die USA machen, an deren Stärke nun kein Zweifel mehr bestehen konnte. An dieser Grundstimmung hatten die Neokonservativen von Beginn an Anteil. Sie wollten unter allen Umständen einen Rückfall der

⁵⁵ Vgl. P. J. Buchanan, *When the Right was Wrong: How Neoconservatives subverted the Reagan Revolution and hijacked the Bush Presidency*, New York 2004.

⁵⁶ Vgl. E. Schrecker, *Cold War Triumphalism: The Mission of History after the Fall of Empire*, New York 2004.

conservatives in alte, isolationistische Praktiken verhindern. Dazu war die moralische Mission der USA ihnen zu wichtig. Die USA sollten internationalistisch bleiben, aber bereit sein, zur Not alleine, gestützt auf ihren kolossalen Militärapparat die Welt zu perfektionieren. Wenn die Verbündeten mitmachten, war es gut, wenn nicht, mussten die Amerikaner eingedenk ihrer hehren Mission willens und in der Lage sein, aus eigener Kraft zu handeln. Wie selbstverständlich setzten die *neoconservatives* in dieser internationalistisch-interventionistischen Argumentation die Interessen der USA mit denen der Welt gleich. Immerhin hatte der Sieg im Kalten Krieg die Mission der USA dauerhaft legitimiert. Es war also ein unilateraler Internationalismus, der hier den multilateralen Internationalismus vergangener Tage ersetzte. Zugleich war es ein hobbesianischer, bellizistischer Internationalismus, der davon ausging, dass die Welt beständig im Konflikt lebte und zudem ganz unhobbesianisch annahm, diese Konflikte seien vorrangig mit Hilfe militärischer Mittel tatsächlich zu lösen.⁵⁷ Die Neokonservativen glaubten, fortschrittsoptimistische, moderne Erben der 1960er Jahre, die sie bei allem gelegentlichen Kulturpessimismus waren, dabei an die Möglichkeiten amerikanischer Hochtechnologie, an den sauberen, chirurgischen Krieg, der primär von der Luft aus geführt werden sollte. In einer Fülle kleiner Kriege, in denen dem Gegner höchste Verluste beigebracht werden mussten, würden sich die Freiheit und die *Pax Americana* durchsetzen. Der Bellizismus, der in mancherlei Hinsicht an das Verhalten des territorialen Fürstentums in der frühen Neuzeit erinnerte, widersprach deutlich einer klassisch konservativ-realistischen Vorstellung von Außenpolitik, wie sie von Burke oder Metternich grundgelegt worden war. Diese war weder internationalistisch-idealistisch, noch bellizistisch, sondern auf den rationalen, antirevolutionären Interessenausgleich möglichst gleichberechtigter Machtstaaten aus. Auch die andere, naturrechtlich-thomistische Linie des traditionell konservativen außenpolitischen Denkens stimmte mit dem neokonservativen moralistischen Ansatz, der viel eher einer nationalliberalen oder nationalkonservativen Kontinuitätslinie zuzurechnen war, nicht überein.

In den 1970er Jahren gelang es den *neoconservatives*, Anschluss an die sich formierende konservative Koalition zu finden, der 1980 unter Führung Ronald Reagans der Machtwechsel in den Vereinigten Staaten gelang. Bis zu einem gewissen Grade war Reagan, darin Roosevelt beim Aufbau seiner *New Deal coalition* ähnlich, opportunistisch und kommuni-

⁵⁷ Vgl. z. B. D. Frum/R. Perle, *An End to Evil: How to Win the War on Terror*, New York 2003; M. Boot, *The Savage Wars of Peace: Small Wars and the Rise of American Power*, New York 2002.

kativ genug, um diese äußerst heterogene Koalition aus konservativen Republikanern und Südstaatendemokraten, *civil libertarians*, Fiskalkonservativen, Neofundamentalisten, Neoliberalen und Neokonservativen zusammenzuhalten. Ein einigendes Band war sicher der allen gemeinsame Antikommunismus, der dann prompt zu einer Verschärfung der Situation im Kalten Krieg führte. Mit dem Ende der Entspannungspolitik, dem Zerfall der Sowjetunion und der langsamen Abkehr vom keynesianischen Wohlfahrtsstaat aber zerbrach auch die *raison d'être* des frühen *neoconservatism*. In vielerlei Hinsicht schien nun die Stunde der Neoliberalen zu schlagen. Das wäre für das Lager der *conservatives* nicht weiter problematisch gewesen, denn auch die Neoliberalen verfügten über eine modernisierende Agenda, die erheblich von der des klassischen *conservatism* abwich. Sie hatten nur einen Nachteil, nämlich die völlige Abwesenheit tragfähiger außenpolitischer Konzepte. Die Machtpolitik der USA ließ sich nun einmal nicht auf reines Marktgeschehen reduzieren. Solange, wie unter der Ägide des Demokraten Bill Clinton ökonomische Interessen, Wachstum und außenwirtschaftliche Motivlagen die Situation bestimmten, war dieses Manko kaum weiter relevant. Erst als sich der Konflikt mit dem islamischen Fundamentalismus im Umfeld des 11. September 2001 krisenhaft zuspitzte, schlug neuerlich die Stunde des Neokonservatismus.⁵⁸ Nun erwies es sich als vorteilhaft, dass die *think tanks* der Neokonservativen sich in den 1990er Jahren vornehmlich damit befasst hatten, militärische Szenarien zur Lösung des Nahost-Konflikts zu erarbeiten. Insbesondere der Irak hatte dabei im Mittelpunkt sämtlicher Überlegungen zu einer Demokratisierung des gesamten arabisch-islamischen Raums gestanden. Die Idee des *beacon of democracy*, der sich George W. Bush nach einigem Hin und Her zur Begründung seines Krieges gegen das Hussein-Regime in Bagdad anschloss, war ebenso Produkt neokonservativer Denkschulen wie die Rede von der dreigliedrigen Achse des Bösen. In einer Phase, in der Außenpolitik und Militär die Szenerie in Washington beherrschte, waren die *neoconservatives* zur dynamischsten und damit formgebenden Kraft innerhalb des kulturell hegemonialen konservativen Lagers in den USA geworden.

Dieses konservative Lager aber unterschied sich inzwischen erheblich von jenem konsensliberal, fast schon europäisch ausgerichteten *new conservatism* der 1950er und 1960er Jahre.⁵⁹ Es hatte sich stärker auf die eigenen, genuin amerikanischen und damit revolutionären Wurzeln des 18.

⁵⁸ Vgl. Halper/Clarke, *America Alone* (Anm. 42), S. 308-09.

⁵⁹ Vgl. u. a. C. Rossiter, *Conservatism in America*, New York 1955; P. Viereck, *Conservatism Revisited: The Revolt against Revolt, 1815-1849*, New York 1949.

Jahrhunderts besonnen und zudem, v. a. durch die weltanschauliche Tätigkeit der Neokonservativen und Neoliberalen eine moderne Dynamik gewonnen, für die sich auf Seiten des europäischen Konservatismus kein Gegenstück finden ließ. Insbesondere die Republikanische Partei hatte durch diese Entwicklung eine Radikalität angenommen, die im Grunde zutiefst antikonservativ war. Gleichzeitig befand sich der US-amerikanische *liberalism* in der vielleicht schwersten Krise seiner Geschichte. Damit zerbrach ein weiterer ideeller Faktor, der seit dem Zweiten Weltkrieg die europäisch-amerikanischen Beziehungen positiv ausgestaltet hatte. Der „Westen“, wie man ihn im Kalten Krieg gekannt hatte, existierte nicht mehr, nachdem die USA wieder amerikanischer geworden waren als jemals seit 1945.